:antifaschistische nachrichten **Nr. 22**

g 3336 3.11.2005 21. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

NPD will in den Landtag

RHEINLAND-PFALZ. Der Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende Peter Marx soll bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 26. März 2006 als Spitzenkandidat der NPD antreten. Diese Entscheidung trafen die Delegierten des NPD-Landesverbandes am Samstag, 15. Oktober in Johanniskreuz. Die NPD verzichtet darauf, in allen 51 Wahlkreisen mit Direktkandidaten anzutreten, da sie dafür landesweit knapp 7000 Unterstützungsunterschriften hätte sammeln müssen. Als Wahlziel formulierte Marx „fünf Prozent plus x". Das Aktionsbüro Rhein-Neckar verbreitet eine „Erklärung freier Kräfte zur Landtagswahl", in der die Unterstützung „großer Teile der parteifreien Strukturen aus Rheinland-Pfalz" erklärt wird. Mit der Wahl der „parteifreien Kandidaten" René Teufer, Sven Lobeck und Mario Mathes auf die Plätze 3, 6 und 8 der Landesliste habe die rheinland-pfälzische NPD gezeigt, dass eine Bündnispolitik gewünscht werde.

Die drei „freien" Kandidaten stünden „seit vielen Jahren im Kampf für ein nationales und sozialistisches Deutschland". Deutlich wird in der Erklärung eine Abgrenzung zu zurückhaltenderen Varianten der extremen Rechten, insbesondere zur DVU: „Mit unserem Einsatz für ein nationales und sozialistisches Deutschland stellen wir uns damit auch deutlich sichtbar gegen die systemkonforme Politik des gemäßigt nationalen Lagers innerhalb und außerhalb der Volksfront!" Insgesamt wurden 12 Kandidaten und Ersatzbewerber gewählt. Unter ihnen: Peter Marx (45 von 47 Stimmen), NPD Landesvorsitzender und stellvertretender Bundesvorsitzender, Safet Babic, stellvertretender Landesvorsitzender, René Teufer, Aktionsbüro Rhein-Neckar, Sascha Wagner, Organisationsleiter der NPD, Christian Hehl, Dörthe Armstroff, Deutsche Volksunion, Sven Lobeck, Aktionsbüro Rhein-Neckar, Mario Mathes, Aktionsbüro Rhein-Neckar

VVN-BdA Kaiserslautern
www.vvn-bda-kl.de ■

Inhalt:

NPD-Demo verhindert



GÖTTINGEN. Brennende Barrikaden versperrten der NPD am 29.10. die Straßen, auf denen sie marschieren wollte. Anwohner hatten aus den vielen Villen und Häusern im Universitätsviertel, durch das die Route führte, Transparente herausgehängt. Polizeitrupps versuchten ohne anhaltenden Erfolg, Demonstranten von der Route fern zu halten. Keine Stunde, nachdem die 250 Neonazis den Bahnhofsvorplatz verlassen hatten, war offensichtlich, dass die Polizei den Weg nicht mehr freimachen konnte. Den ganzen Tag über beteiligten sich etwa 4000 Menschen an den Protesten gegen den NPD-Aufmarsch. Ein „Bündnis gegen Rechts" , bestehend aus 60 Organisationen und Initiativen hatte zu verschiedenen Kundgebungen aufgerufen. Über 3000 Menschen hatten den Aufruf unterzeichnet. Im Laufe der Auseinandersetzungen kam es zu zahlreichen Festnahmen.

nach taz vom 31.10.2005 ■

Nazis versuchten Lesung von Reemtsma zu stören

MANNHEIM. Am Abend des 20.10.2005 versuchten ca. 65 Nazis aus dem Umfeld des sogenannten „Aktionsbüro Rhein Neckar" eine Lesung des Hamburger Autors Jan Reemtsma im Kulturzentrum Alte Feuerwache zu stören. Sie beleidigten und bedrohten die Anwesenden mit aggressiven Parolen. Die Veranstaltung mit dem Titel: „Folter im Rechtsstaat?" sollte gegen 20 Uhr beginnen. Etwa 10 Minuten zuvor versuchten ca. 65 Nazis aus dem Umfeld des „AB Rhein Neckar" den Veranstaltungsort zu betreten. Die Veranstalter reagierten geistesgegenwärtig und verschlossen die Eingangstür. Die auf der Straße vor der Feuerwache versammelten Rechtsextremisten versuchten nun durch laute und aggressive Parolen die Anwesenden einzuschüchtern. Zitat: „Hier regiert der nationale Widerstand...".

Als Einpeitscher betätigte sich wieder einmal der bundesweit bekannte Naziskinhead, Hooligan und Multifunktionär Christian Hehl. Dieser kandidiert auch bei der Landtagswahl 2006 in Rheinland Pfalz für die NPD. Obwohl die Polizei sofort informiert wurde, war sie bis zum Schluss nicht präsent. Nach etwa 15 Minuten erfolglosem Gepöbel verließen die Nazis das Gelände der Alten Feuerwache von selbst. Eine Sprecherin des Ak Antifa dazu: „Das sog. ‚AB Rhein Neckar'hat in jüngster Zeit seine Aktivitäten vervielfacht. In den letzten Monaten kam es bei zahlreichen politischen Veranstaltungen, die nicht ins eingeschränkte rechtsextreme Weltbild passen, zu ähnlichen Versuchen,die Anwesenden einzuschüchtern. Dabei dehnt sich der Aktionsradius zunehmend auch auf politische Veranstaltungen des bürgerlichen Spektrums aus. Dies zeigt einmal mehr die Notwendigkeit einer breiten gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten und ihren Inhalten."

Ak Antifa Mannheim
http://www.akantifa-mannheim.de ■

Erneut verurteilt

NEUSS. Der Neusser Karl Dimmig (84) kann es nicht lassen. Am 7. September wurde der bereits zweifach Vorbestrafte wegen „Volksverhetzung“ zu 4 Monaten Gefängnis auf Bewährung und 7000 Euro Geldstrafe verurteilt. Dimmig hatte im Anschluss an einen Prozess gegen Inge Terspecken vor dem Düsseldorfer Amtsgericht, wo es ebenfalls um die Leugnung des Holocaust ging, in den Saal gerufen: „Das ist hier ja eine Märchenstunde!“. Anwesend war bei der Urteilsverkündung gegen Dimmig auch der erst kürzlich selbst wegen „Volksverhetzung“ verurteilte Horst Mahler. Dieser nutzte die Gelegenheit zu den Zuhörern zu sprechen und diese aufzufordern, genauer zu formulieren und von der „Gaskammerlüge“ zu sprechen, um künftige Prozesse dieser Art gewinnen zu können. Dimmig war in den 90er Jahren Sprecher des Neusser Vereins „rauchfrei leben“. 1997 gehörte er zu den Mitunterzeichnern des rassistischen „Aufruf an alle Deutschen zur Notwehr gegen Überfremdung“. 2001 gab er aus Protest gegen Michel Friedmann sein Bundesverdienstkreuz zurück. Leserbriefe Dimmigs findet man nicht nur in der konservativen Lokalpresse, sondern auch in der „Jungen Freiheit“, der „Deutschen National-Zeitung“ und in „Nation und Europa“. Dimmig hat gegen das Urteil Berufung eingelegt und wird in nächster Instanz von Sylvia Stolz aus München vertreten. Diese wird für die Mitgliederversammlung des „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ vom 11. bis 13.November in Vlotho als Referentin angekündigt. *hma* ■

Mynarek on Tour

STUTTGART/KARLSRUHE. „Nicht immer ist eine rechtsextreme Sicht aber so eindeutig zu erkennen wie in dem Buch „Ökologische Religion“ von Hubertus Mynarek, der es einer öko-religiösen Elite vorbehalten wissen will, als „Speerspitze der Evolution“ Umweltprobleme zu lösen“, heißt es bei Bellmund/Siniveer („Kulte, Führer, Lichtgestalten. Esoterik als Mittel rechtsradikaler Propaganda“, Knaur 1997). Professor Mynarek hat sich längst wieder seinem ursprünglichen Thema, der Kirchen-Kritik, gewidmet und da ganz spezielle Anhänger. Die findet man nicht nur bei der kirchenkritischen „Giordano Bruno Stiftung“ (Mastershausen/Hunsrück), die eine „offene Gesellschaft“ jenseits von „multikultureller Gesellschaft“ einerseits und „christlicher Festung Europa“ andererseits anstrebt, sondern auch bei der Sekte „Universelles Leben“ (UL).

1999 veröffentlichte Mynarek im dem zum Netzwerk der Sekte gehörenden „Verlag Das weiße Pferd“ sein Buch „Die neue Inquisition. Sektenjagd in Deutschland“. Parallel dazu unterstützte er die zum UL-Netzwerk gehörende „Initiative Mahnmal für die Millionen Opfer der Kirche“ und die gegen die Kirchensteuer wetternde „Bürgerbewegung Mehr Geld für den Bürger“. Sein neues Buch „Der polnische Papst. Bilanz eines Pontifikats“ erschien im Freiburger „Ahriman-Verlag“, der sowohl in rechten wie auch linken Publikationen inseriert und Schriften des ominösen „Bund gegen Anpassung“ verlegt. Nachdem Mynarek auf der Frankfurter Buchmesse eine Lesung für den Verlag halten konnte, soll er nun, jeweils um 18 Uhr, am 26.11. auf den „Stuttgarter Buchwochen“ im Haus der Wirtschaft und am 27.11. auf der „Karlsruher Bücherschau“ im Regierungspräsidium auftreten. *hma* ■

„Elite der Wehrmacht“

BONN. Auf ihrem 51.Bundestreffen in Bonn hat die „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“ (OdR) die Aufhebung des 1999 von Rudolf Scharping (SPD) erlassenen Verbots von dienstlichen Kontakten der Bundeswehr zur OdR gefordert. Die Ritterkreuzträger hätten einen wichtigen Beitrag zum Aufbau der Bundeswehr geleistet. Nicht weniger als 800 von ihnen wären daran beteiligt gewesen, davon alleine 118 von ihnen als Generäle und Admiräle. Die Festrede hielt in diesem Jahr Generalleutnant a.D. Ernst Klaffus, ehemals Amtschef des Heeresamtes, der die OdR-Mitglieder als „Elite der Wehrmacht“ bezeichnete. Unter den etwa 300 Gästen befand sich auch der aus der CDU ausgeschlossene Martin Hohmann (Neuhof) sowie die ehemaligen Bundeswehrgenerale Rolf Hüttel und Manfred Bertele. *hma* ■

Zweierlei Maß

MÖNCHENGLADBACH. Am 11. Oktober teilte die Mönchengladbacher Polizei in einer Pressemitteilung mit, dass eine 34-jährige Frau Anzeige wegen Vergewaltigung gegen drei unbekannte Männer gestellt hatte. Nach deren Schilderung hatte sich die Tat bereits am 31. August im Bereich des Buscherplatzes im Stadtteil Hermges ereignet. Die Beschreibung der Täter deutet auf Angehörige der wachsenden Neonazi-Szene in der Region hin.

So sollen die zwischen 20 und 35 Jahre alten Glatzenträger Springerstiefel getragen und einschlägige Tätowierungen gehabt haben. So z.B. eine Tätowierung in Form eines Hakenkreuzes, den Schriftzug „Germania“ und „Hitler mein Freund“ oder „Hitler mein Führer“. Im Oktober vergangenen Jahres hatten fünf oder sechs Skinheads im Alter von Mitte 20, bekleidet mit Bomberjacken mit „A“-ähnlichem Logo – was auf die in der Nazi-Szene beliebte US-Marke „Alpha Industries Inc.“ hindeutet – am „Bunten Garten“ in Mönchengladbach einen 20-Jährigen überfallen. Das Opfer wurde mit einem Springmesser bedroht, zusammengeschlagen und dann beraubt. Von der örtlichen Neonazi-Szene ist schon seit Jahren bekannt, dass sie die körperliche Auseinandersetzung sucht. Vor allem in der Altstadt kommt es immer wieder zu Übergriffen auf linke Jugendliche und AusländerInnen. Daran wird auch die eingeführte Kameraüberwachung nichts ändern. Unterdessen baut die lokale rechte Szene ihre Strukturen aus. Die NPD, bereits mit zwei Mitgliedern im Rat vertreten – wenn sie denn dort mal auftauchen – führt regelmäßig Stammtische und Versammlungen durch, die Anhänger der rechten Hooligan-Truppe „Patrioten MG“ dürfen weiterhin ins Fußballstadion und neue Rechtsrock-Bands wurden gegründet. Weder in der lokalen Politik noch in der Lokalpresse wird die Neonazi-Szene ernsthaft thematisiert. Ein „Punker-Treff“ in der Fußgängerzone – ein



Neuerscheinung: Christian Dornbusch & Hans-Peter Killguss: Unheilige Allianzen. Black Metal zwischen Satanismus, Heidentum und Neonazismus von . Unrast Verlag, ca. 250 Seiten, 16 Euro, ISBN 3-89771-817-0

selbstverwaltetes Jugendzentrum gibt es natürlich nicht – wird hingegen argwöhnisch beobachtet. Die trinken dort ihr Bier, unterhalten sich und spielen auch mal Gitarre. Unvorstellbar! Sie bringen „Unruhe“ in die Stadt! Doch die Polizei behalte „die Szene im Auge“, heißt es. Während alles die neue „Punker-Heimat“ (RP) im Auge hat, organisiert die rechte Szene in der Region fleißig ihre Rechtsrock-Konzerte. Noch am 8. Oktober hatte in einem Zirkuszelt im Großraum Düsseldorf ein solches stattgefunden, nachdem eine Halle nicht gefunden werden konnte. Die ersten drei Bands „Extressiv“, „Calslagen“ (Niederlande) und „NonPlusUltra“ (Düsseldorf) hatten schon gespielt, erst dann wurden die staatlichen Ordnungskräfte tätig. Wegen „Ruhestörung“, heißt es. Die vierte Band, „Brigade M“ aus den Niederlanden, konnte nicht mehr auftreten. Veranstalter des Konzerts war der Sänger einer Rechtsrock-Band aus Düsseldorf.

VVN-BdA MG ■

Zweifelhafter Lexikon-Eintrag: Dieter Stein einer der wichtigsten Medien-Manager?

Einige hundert Verlagsgeschäftsführer und Führungskräfte von Werbeagenturen, Fernsehmoderatoren und bedeutende Redakteure finden sich im Nachschlagewerk „Kress Köpfe“, das den Untertitel „Die wichtigsten Manager in Medien und Werbung“ trägt. Herausgeber ist der Kress-Verlag in Heidelberg, der auch für den bekannten und angesehenen Brancheninformationsdienst verantwortlich zeichnet. Die Volkswagen AG hat das mehr als 500-seitige Lexikon gesponsert; ein entsprechender Aufdruck wurde auf dem Cover des Buches angebracht.

So weit, so schön, gut und wichtig. Allerdings scheint der Redaktion bei der Auswahl honoriger Medienmanager ein grober Schnitzer unterlaufen zu sein. Denn aufgeführt wird auch Dieter Stein, der Chefredakteur der von den Verfassungsschutzbehörden angesichts ihrer Rechtsausrichtung kritisch beäugten Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Bleibt zu hoffen, dass die Redaktion bei der Neuauflage dieses ansonsten empfehlenswerten Nachschlagewerkes über die Platzierung Steins verschärft nachdenken wird.

Thomas Klaus ■

Pro Köln weiter unter Beobachtung

Der Verfassungsschutz NRW darf Pro Köln weiter in der Rubrik „Rechtsextremismus“ führen. Das ergab die Verhandlung vor dem Landgericht in Düsseldorf am 21.9., die aufgrund der Klage von Pro Köln stattfand. Markus Beisicht, Vorsitzender von Pro Köln behauptete vor Gericht, womöglich hätten einzelne Neonazis an ihren Veranstaltungen teilgenommen, man habe aber nicht gewusst, wer das sei. Das mochte der Richter dann doch nicht glauben und ließ auch keine Berufung am Oberverwaltungsgericht zu. *u.b.* ■

Keine Ruhe für Naziladen

HAMBURG. Wie bereits in den AN 19/05 berichtet, versucht sich auf Hamburg-St. Pauli ein Naziladen, der mit rechten Lifestyle-Utensilien handelt, festzusetzen. Im September gab es dagegen bereits eine Demo mit über 2000 TeilnehmerInnen v.a. aus dem FC St. Pauli-Fanspektrum und unterstützt von diversen örtlichen Geschäften und Kneipen. Am 19. November geht es erneut gegen den Naziladen. Eine Demo gegen Umstrukturierung der Stadt, gegen Vertreibung, Ausgrenzung und Repression (Titel: „Think of the Revolution“) wird auch „Thor und Freya“ (so der neue Name) auf´s Korn nehmen. Die Demo beginnt um 14 Uhr an der U-Bahn Feldstraße. Die Nazis dürfen keine Ruhe haben, der Laden muss verschwinden! *F* ■

NPD-Lob für Sachsens CDU

DRESDEN. Zu einem Thesenpapier für mehr Patriotismus erhalten Sachsens Christdemokraten Beifall von der NPD Unterstützung der NPD. In dem zehnseitigen Papier versuchen die Verfasser, den Begriff Patriotismus vom Tabu zu befreien und dessen Notwendigkeit nachzuweisen. Unter anderem solle die Nationalhymne an Grundschulen gelernt und deren öffentliches Singen „eine Selbstverständlichkeit“ werden. Die NPD im sächsischen Landtag bezeichnete dies als Einschwenken der CDU auf Ziele der NPD und legte mit einem eigenen Antrag nach.

In dem CDU-Papier, das Anfang November vom Landesparteitag beschlossen werden soll, bekennen sich die Christdemokraten zur europäischen Integration und benennen die Wurzel europäischer Identität: Christentum und Aufklärung. Auch die Grenzen sind definiert: „Die islamische Türkei gehört nicht dazu.“

Die Verfasser stehen zwar zur historischen Einmaligkeit der Nazi- Verbrechen. Aber auch „eingedenk eigener Schuld... trauern wir um die Opfer der Vertreibung von zwölf Millionen Deutschen aus ihrer Heimat im Osten und um die Opfer des Bombenkrieges gegen unsere Städte“, schreiben die Autoren.

Spätestens hier dürfte das Interesse der NPD geweckt worden sein. Die Rechtsextremisten, im sächsischen Landtag mit einer zwölfköpfigen Fraktion vertreten, reagierten prompt: NPD-Fraktionsgeschäftsführer Peter Marx übermittelte am Donnerstagvormittag seine Freude darüber, „dass die CDU- Fraktion mit ihrer Forderung nach der Vermittlung von Kenntnissen über die Nationalhymne erneut eine NPD-Idee aufgreift“. Doch das schien den Parteistrategen schon am Nachmittag nicht mehr stark genug: Die Fraktion schob einen Parlamentsantrag nach, mit dem sie festschreiben lassen will, „dass die deutsche Nationalhymne an den sächsischen Schulen regelmäßig gesungen wird und Kenntnisse über ihre kulturellen Wurzeln gelehrt“ werden.

NPD-Fraktionsvize Uwe Leichsenring forderte die CDU zur Zustimmung auf: Schon bei der nächsten Plenarsitzung könne die CDU-Fraktion „für einen echten Tabubruch sorgen, indem sie für unseren Antrag stimmt“. Angesichts der Widerstände aus den anderen Fraktionen seien die Christdemokraten auf die Stimmen der NPD angewiesen.

Quelle: N24.de, Netzeitung ■

Nazis veranstalten immer mehr Konzerte

BERLIN. Wie der Tagesspiegel vom 24.10.05 meldet, haben in diesem Jahr schon mehr als 100 einschlägige Skinheadkonzerte stattgefunden – mit Schwerpunkt in Ostdeutschland, vor allem in Sachsen und Thüringen. Bei einem Treffen von Experten aus Verfassungsschutz und Polizei wurde jetzt die Befürchtung laut, in diesem Jahr werde die Gesamtzahl der rechtsextremen Rockkonzerte deutlich über der von 2004 liegen. Damals stellten die Behörden 137 einschlägige Musikveranstaltungen fest – auch das waren schon 18 mehr als 2003.

Die neuen Zahlen und Analysen waren Mitte der Woche ein Thema bei den Besprechungen der „Informationsgruppe Rechtsextremismus (IGR)“, die sich aus Fachleuten mehrerer Behörden zusammensetzt. An dem zweitägigen Treffen in Wittenberg (Sachsen-Anhalt) nahmen etwa 50 Experten aus Verfassungsschutzbehörden, Landeskriminalämtern und Bundeskriminalamt teil.

Beobachtet wird auch, dass die NPD immer stärkeren Einfluss auf die rechtsextreme Musikszene nimmt. Ein Beispiel: Im Anschluss an den Parteitag der Thüringer NPD Anfang April in Pößneck fand ein Skinheadkonzert statt, zu dem mehr als 1000 Kahlköpfe und Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet angereist waren. Als „Star“ trat Michael Regener auf, der frühere Sänger der Berliner Band „Landser“. Sie wurde vom Berliner Kammergericht Ende 2003 zur kriminellen Vereinigung erklärt, Regener bekam als Rädelsführer drei Jahre und vier Monate Haft. Inzwischen hat er die Strafe angetreten. Die Liaison mit diesem Mi-

lieu scheint sich für die NPD zu lohnen. Beim Treffen der IGR hieß es, die Mitgliederzahl der Partei sei auf etwa 5900 gestiegen. Das sind 600 mehr als 2004.

Auch der Anstieg rechter Straftaten beschleunigt sich. Bis Ende August registrierten die Landeskriminalämter bereits 6605 Delikte, darunter 353 Gewalttaten. Im August allein waren es 1000 rechte Delikte. Das sind so viele wie seit über vier Jahren nicht mehr in einem Monat. Zugenommen haben vor allem die so genannten Propagandadelikte, also das öffentliche Zeigen von Nazi-Kennzeichen (Hitlergruß, Hakenkreuzschmierereien, NS-Symbole an der Kleidung und Ähnliches). Die Zahlen entstammen den Antworten der Bundesregierung auf monatliche Anfragen der PDS-Bundestagsabgeordneten Petra Pau. Die Angaben sind meist nur vorläufig – in der Regel steigen die Zahlen noch deutlich an, da die Polizei regelmäßig rechte Straftaten nachmeldet. Außerdem erscheinen Teile der Antworten, die Petra Pau bekommt, fragwürdig. So meldete Thüringen für die Monate April, Juni, Juli und August nicht eine einzige rechte Straftat.

Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, weimar-gegen-rechts@web.de
www.weimar-zeigt-sich.de ■

Naziaufmärsche an Gedenkstätten in NRW verbieten

DÜSSELDORF. Ein gesetzliches Verbot von Versammlungen und Aufzügen von Rechtsextremen an Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen hat der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Ralf Jäger, gefordert. „Die SPD will verhindern, dass Gedenkstätten von historischer und überregionaler Bedeutung, die an die nationalsozialistische Barbarei erinnern, zu Pilgerstätten alter und neuer Nazis werden. Nazi-Aufmärsche an Gedenkstätten müssen auch in NRW gesetzlich verboten werden.“ Einen entsprechenden Antrag zur Beratung im Landtag hat die SPD-Landtagsfraktion jetzt beschlossen.

Im April dieses Jahres hatte bereits der Bund das Versammlungsgesetz geändert und damit das Holocaust-Mahnmal in Berlin als Gedenkstätte von überregionaler Bedeutung bestimmt, an der Versammlungen und Aufzüge verboten oder mit Auflagen versehen werden können. Zugleich wurde den Ländern die Möglichkeit eröffnet, in eigenen Gesetzen derartige Gedenkstätten unter Schutz zu stellen.

„Die gesetzlichen Voraussetzungen zum Schutz bestimmter Gedenkstätten sind ... im Bundestag und Bundesrat beschlossen worden. Die SPD-Landtagsfraktion bietet deshalb allen im Landtag vertretenen Fraktionen eine gemeinsame Initiative an, mit der auch in Nordrhein-Westfalen über Parteigrenzen hinweg bestimmte Stätten wie die Gedenkstätte Sowjetischer Ehrenfriedhof und Dokumentationsstätte Stalag (VI K) in Schloss Holte Stukenbrock, aber auch die Burg Vogelsang im Nationalpark Eifel, unter besonderen Schutz gegen nationalsozialistische Aufzüge gestellt werden“, erläutert Jäger. Dazu solle die Landesregierung aufgefordert werden, dem Landtag bis zum Ende des Jahres geeignete Vorschläge für die Unterschutzstellung zu unterbreiten.

http://www.spd-fraktion.landtag.nrw.de/img/px_trans.gif ■

Verfassungsschutz beobachtet Skinheads

STUTTGART. Die Konzerte mit rechtsextremistischen Bands hätten im Land drastisch zugenommen, klagt Hans Jürgen Doll, Vizepräsident des baden-württembergischen Verfassungsschutzes: „Mit 14 solcher Konzerte haben wir nicht nur die Zahl des Jahres 2004 bereits erreicht, sondern diese weit übertroffen. Insgesamt haben wir bis Ende Juni 2005 bereits 18 Skinhead-Konzerte registriert. Das erfüllt uns mit großer Sorge“, sagte Doll dem Südwestrundfunk.

Vor allem die Bands „Blue Max“ aus dem Neckar-Odenwald-Kreis, „Jagdstaffel“ aus Stuttgart, „Act of Violence“ aus Ulm und das Bruchsaler „Baden Corps“ werden von den Jugendlichen besucht. Durchschnittlich rund 150 junge Leute versammeln sich bei solchen Konzerten. Besonders viele Musikveranstaltungen organisierte ein bekannter Rechtsextremist im Clubraum der Mannheimer Rockergruppe „MC Bandidos“. Die Polizei habe keine Möglichkeit, solche Skinhead-Konzerte zu verbieten. Besorgnis erregend aus Sicht des Verfassungsschutzes ist die Tatsache, dass Jugendliche bei solchen Veranstaltungen von rechtsextremistischen Gruppierungen rekrutiert und politisiert werden. *Quelle: swr.de* ■

Neonazis über Strache-FPÖ

ÖSTERREICH. Im Forum der deutschen Neonazi-Site Wikingerversand diskutiert man über das Abschneiden der FPÖ bei den Wiener Wahlen. Auch wenn sich die österreichischen und deutschen Neonazis über den „extrem ausländerfeindlich [en]“ Wahlkampf der FPÖ freuen, spricht ein enttäuschter Kamerad es ihr ab, noch eine „rechte Partei“ zu sein.

Das wollte Phillipp Hasselbach, ein Kader aus dem Milieu der Freien Kameradschaften und Kenner der österreichischen Szene, nicht so stehen lassen: Er behauptet, dass sich „in der FPÖ […] nicht wenige Nationalsozialisten [tummeln]“ würden. Diese nutzen die „Parteistruktur […], da man durch das knallharte Wiederbetätigungsverbot in der besetzten Ostmark schneller in den Bau […] geht, als man glaubt“.

Hasselbach, der von sich behauptet, über Kontakte zu jungfreiheitlichen Kadern zu verfügen, weist insbesondere auf die von Johann Gudenus geführte Nachwuchstruppe hin: „In der FPÖ-Jugend, dem Ring Freiheitlicher Jugend (RFJ), sind sogar führende Funktionäre im Bundesvorstand intern als Nationalsozialisten bekannt, die auch in den entsprechenden Kreisen verkehren.“ *www.doew.at* ■

13. November 2005 – Frauen im antifaschistischen Widerstand

AACHEN. Zum Volkstrauertag 2005 gedenkt die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes- Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) der Frauen aus dem Widerstand gegen Faschismus und Krieg. An den KZ Gräbern des Waldfriedhofs wird von Frauen ein breites Spektrum des Widerstands von Frauen 1933-1945 vorgestellt. Die Gedenkveranstaltungen der VVN-BdA versuchen, sich vom Opfermythos zu lösen und die Verantwortung für Krieg und Faschismus zu benennen. Es gab Täter und Opfer, aber eben auch Widerstand und der war nicht nur männlich. Die Veranstaltung wird unterstützt von der KAB Gruppe „Frauen 60 +“. Sonntag, 13. 11. um 11.00 Uhr, Haupteingang Waldfriedhof. ■



Nachlese: Wer hat wie gewählt?

Inzwischen hat das Statistische Bundesamt (www.bundeswahlleiter.de) erste Analysen zum Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht vorgelegt. Diese Angaben beruhen nicht wie die von den Meinungsforschungsinstituten gleich nach der Wahl vorgelegten Analysen auf Umfragen, sondern auf tatsächlichem Wahlverhalten; ein bestimmter Prozentsatz von Stimmzetteln waren nach Geschlecht und Altersgruppen markiert. Die Differenzen zwischen den Generationen und Geschlechtern sind zum Teil beträchtlich: Bei den unter 25-jährigen Frauen hätte Rot-Grün klar eine absolute Mehrheit gehabt; während bei den über 60-jährigen Männer Schwarz-Gelb klar führt.

3 Stimmabgabe bei der Bundestagswahl 2005 nach Parteien, Geschlecht und Altersgruppen*)

Prozent

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Von 100 gültigen Zweitstimmen 1) nebenstehender Altersgruppen entfielen auf						darunter	
		SPD	CDU/ CSU	GRÜNE	Die Linke.	FDP	Sonstige	NPD	REP
Deutschland									
Insgesamt									
18 - 25	100,0	38,6	26,1	9,6	9,0	10,0	6,7	4,0	0,8
25 - 35	100,0	33,3	29,9	10,3	8,8	12,1	5,7	2,8	0,8
35 - 45	100,0	34,5	30,7	11,5	9,2	9,5	4,6	1,8	0,7
45 - 60	100,0	35,2	32,3	8,6	11,0	9,3	3,6	1,4	0,5
60 und mehr	100,0	35,0	42,3	4,1	7,9	8,6	2,2	0,7	0,3
Insgesamt	**100,0**	**35,0**	**34,3**	**8,1**	**9,2**	**9,5**	**3,9**	**1,7**	**0,5**
Männer									
18 - 25	100,0	36,9	26,4	8,7	9,2	10,7	8,2	5,5	1,1
25 - 35	100,0	32,0	29,7	9,7	9,3	12,7	6,5	4,0	1,0
35 - 45	100,0	33,1	31,6	10,0	9,9	10,3	5,0	2,5	0,9
45 - 60	100,0	34,1	32,5	7,6	12,5	9,5	3,9	2,0	0,6
60 und mehr	100,0	33,6	41,6	3,5	9,3	9,5	2,4	1,0	0,4
Zusammen	**100,0**	**33,7**	**34,0**	**7,3**	**10,3**	**10,2**	**4,4**	**2,4**	**0,7**
Frauen									
18 - 25	100,0	40,6	25,9	10,6	8,7	9,1	5,1	2,5	0,5
25 - 35	100,0	34,6	30,0	10,8	8,2	11,5	4,9	1,5	0,6
35 - 45	100,0	35,8	29,7	12,9	8,5	8,8	4,2	1,2	0,4
45 - 60	100,0	36,2	32,1	9,7	9,5	9,2	3,3	0,9	0,4
60 und mehr	100,0	36,0	42,9	4,5	6,7	7,9	1,9	0,5	0,2
Zusammen	**100,0**	**36,2**	**34,5**	**8,8**	**8,1**	**8,9**	**3,4**	**1,0**	**0,4**

Wenn sich das Wahlverhalten mit dem Älterwerden nicht stark verändert, wofür spricht, dass politische Grundorientierungen in der Jugend gelegt werden, dann hat die CDU ein strategisches Problem: sie kommt nicht an bei den jungen Wählern, insbesondere den jungen Wählerinnen. Die größere Präferenz für die FDP in diesem Wählerfeld gleicht das nur teilweise aus. Die Linkspartei hat ihre großen Zuwächse offensichtlich vor allem bei der Altersgruppe der 45- bis 60-jährigen Männer geholt. Dort ist die tatsächliche und gefühlte Bedrohung durch Arbeitslosigkeit und sozialen Abstieg am größten. Für die Weiterentwicklung als moderne sozialistische Partei wäre allerdings ein höherer Anteil bei den jungen Wählern zu wünschen.

Beunruhigend sind die über 5 Prozent bei jungen Männern für die NPD. *alk* ■

Fast 800 bei Antifa-Demo

FRANKFURT. Fast 800 Menschen haben am Samstag, den 22.10. gegen die Treffen von NeoNazis in Alt-Sachsenhausen und den Umgang der Behörden damit demonstriert. Die Demonstration, die unter dem Motto „Den rechten Konsens durchbrechen – Nazis bekämpfen!" stand, richtet sich gegen das „Verschweigen und Verdrängen" der zunehmenden rechtsextremen Aktivitäten im Kneipenviertel. Darüber hinaus wurde kritisiert, dass z.B. mit der Vorstellung von der Nation als „Schicksalsgemeinschaft" und der Hetze gegen die Schwächsten der Gesellschaft („Sozialschmarotzer") inhaltliche Übereinstimmungen zwischen rechtem Rand und der Mitte der Gesellschaft bestehen würden. Dies reduziere letztlich die Auseinandersetzung mit rechtem Gedankengut fatalerweise auf ein ordnungs- und marketing-technisches Problem.

Ein Sprecher der antifa [f], Lars Mertens, erklärte: „Frankfurt hat weniger ein Nazi- als ein Demokratieproblem. Es kann nicht angehen, dass die Polizei entscheidet, was in dieser Stadt Thema ist. Wenn Nazis regelmäßig MigrantInnen und Linke angreifen, muss diese Stadt sich dazu verhalten. Es geht nicht um das Ansehen des Standorts, sondern um das Wohlergehen der Menschen." Statt wegen der „Störung der öffentlichen Ordnung" auf ein paar Punker auf der Konsummeile Zeil loszugehen, müsse die Bedrohung von Linken, Migranten, Juden, Obdachlosen, Homosexuellen, usw. durch Rechtsextreme thematisiert werden.

Die Polizei war mit einem Großaufgebot vor Ort und hatte die kleine Paradiesgasse in Alt-Sachsenhausen großflächig mit Gittern abgespert. Vor den Kneipen „Downtown" und „The Rock Times", in denen sehr häufig einschlägig bekannte Rechtsextreme „feiern", kam es zu Rangeleien mit der Polizei. Dabei flogen auch einige Feuerwehrkskörper auf die Einsatzkräfte. An die Adresse der betroffenen Wirte erklärte die antifaschistische Gruppe: „Nazis sind geschäftsschädigend. Wenn sich an den Zuständen in Alt-Sachsenhausen nichts ändert, werden wir wieder kommen und unseren Teil dazu beitragen." Es sei jedoch nie zu spät, sein Verhalten zu ändern.

Im Vorfeld hatten NeoNazis in Sachsenhausen Flyer verteilt, auf denen dazu aufgerufen wurde, die Demo zu stören. Am Ende der Demonstration zeigten sich dann auch 6 NeoNazis. Diese nahmen jedoch die Beine in die Hand, als Teilnehmer der Demonstration ihnen ihr Missfallen deutlich machen wollten.

Mertens wertete die Demonstration als großen Erfolg. „Mit autonomem Antifaschismus muss in dieser Stadt gerechnet werden. Wir laden alle fortschrittlichen Kräfte ein, mit uns zusammmen gegen die Nazis aktiv zu werden."

Nicht zuletzt zeige die Demo auch, dass die Vernetzung und Organisierung antifaschistischer Gruppen positive Effekte zeige.

Die nächste antifaschistische Demonstration „Gegen dich und deine Freunde... Den rechten Konsens durchbrechen - Nazis bekämpfen!" beginnt am kommenden Samstag um 19 Uhr am Südbahnhof in Frankfurt und führt nach Aschaffenburg. Sie findet im Rahmen der Kampagne des Bündnisses antifaschistischer Gruppen Hessen (BASH) gegen Nazistrukturen und das Vorgehen der hessischen Polizei statt.

Weitere Informationen gibt es unter www.autonome-antifa.com

Pressemitteilung antifa [f], 23.10.05 ■

Antimilitaristisches Bündnis ruft zu Protesten gegen Gelöbnis in Bordenau auf

In der Region Hannover hat sich ein Antimilitaristisches Aktionsbündnis gebildet, das zu Protesten gegen das Bundeswehr Gelöbnis in Bordenau am 12.11. aufruft. Auch das Friedensbüro Hannover, die VVN-BDA, der Attac Arbeitskreis Weltwirtschaft und Krieg und der Arbeitskreis Regionalgeschichte beteiligen sich an dem Bündnis. Zusammen rufen sie für den 9.11. um 16 Uhr zu einer Lesung am Scharnhorstdenkmal und für den 12.11. um 10 Uhr zu einer Protestkundgebung am Dorfteich in Bordenau auf. In einer gemeinsamen Erklärung stellt das Bündnis fest: „Mit einer zentralen Abschlussveranstaltung in Bordenau bei Hannover, dem Geburtsort des preußischen Heeresreformers Gerhard Johann David von Scharnhorst, wollen Bundesregierung und Bundeswehrführung am 12. November 2005 ihr Jubiläumsjahr unter dem Motto „Entschieden für Frieden – 50 Jahre Bundeswehr“ abschließen. Aber der Bundeswehr geht es nicht um Frieden. Es geht um die militärische Absicherung ökonomischer Herrschaftsansprüche. Aus diesem Grund befindet sich die Bundeswehr seit Jahren in einem Transformationsprozess zu einer weltweit agierenden Interventionsarmee. Der Region Hannover kommt in diesem Transformationsprozess eine besondere Bedeutung zu. Hannover ist Sitz der ersten Panzerdivision, die zu der Eingreifdivision des deutschen Heeres werden soll. In Wunstorf sitzt eines von zukünftig zwei Lufttransportgeschwadern, die deutsches Militär weltweit zu den Einsätzen bringen soll. Protest und Widerstand sind notwendig.“



„Dabei ist es zwar nicht verwunderlich, aber dennoch besonders empörend“, so der Sprecher des Bündnisses Gerhard Weber, „dass die Bundeswehr zum dritten Mal in einhundert Jahren den Scharnhorstkult für ihre Mobilmachung benutzt. Auch im Vorfeld des ersten und zweiten Weltkrieges fanden in der Region große Scharnhorstfeierlichkeiten statt.“

ANTIMILITARISTISCHES BÜNDNIS REGION HANNOVER, weitere Informationen und Nachfragen unter Tel. 0511-1614806 ■

25 Jahre nach dem Bombenanschlag auf das Oktoberfest:

Ermittlungen wieder aufnehmen – Das Denkmal würdig gestalten

MÜNCHEN. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rosa liste, Initiative: Siegfried Benker im Rat der Stadt München hat einen Antrag eingebracht, in dem der Stadtrat der Landeshauptstadt München aufgefordert wird, sich in einer Resolution für die Wiederaufnahme der Ermittlungen zum Bombenanschlag vom 26.9.1980 auszusprechen. Das Denkmal an der Theresienwiese zur Erinnerung an die Opfer des Bombenanschlages vom 26.9.1980 solle würdevoller gestaltet werden. Dies bedeute auch, dass die Namen der damals Ermordeten in geeigneter Form angebracht werden.

Begründung:

Der Bombenanschlag auf das Oktoberfest vom 26. September 1980 war der folgenschwerste Bombenanschlag in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Dreizehn Menschen wurden getötet und über 200 verletzt, als der Neonazi Gundolf Köhler um 22.19 Uhr dieses Tages am Haupteingang des Oktoberfestes eine Bombe zur Detonation brachte.

Schon zu Beginn der Ermittlungen gingen die Behörden davon aus, dass Gundolf Köhler als Einzeltäter gehandelt hatte. Trotz anders lautender Aussagen von Zeugen, die Gundolf Köhler in Begleitung von zwei anderen Männern gesehen hatten, stellte Generalbundesanwalt Rebmann das Verfahren am 23. Dezember 1982 ein.

Ermittlungen in der Neonazi-Szene, insbesondere in die rechtsextremistische Wehrsportgruppe Hoffmann hinein, hatten laut Schlussbericht des Generalbundesanwaltes keine Hinweise auf weitere Täter erbracht. Die gesamte Vorbereitung und Ausführung des Anschlages war demnach die Tat eines 21-Jährigen Einzelgängers, der die Bombe im Keller seines Elternhauses gebastelt haben soll.

Langjährige Ermittlungen des Journalisten Ulrich Chaussy („Oktoberfest Ein Attenta1, veröffentlicht 1985) zeigen die Einzeltätertheorie als Konstrukt der Bundesanwaltschaft und der Bayerischen Ermittler. Anlässlich des 25. Jahrestages des Oktoberfestanschlages wurde nochmals eindringlich von vielen Seiten die Wiederaufnahme der Ermittlungen eingefordert. Die Landeshauptstadt München sollte sich dieser Forderung anschließen, um deutlich zu machen, dass sie die Aufklärung dieses Verbrechens auch nach 25 Jahren für notwendig hält – und dass sie aufgrund der Verbindungen des Attentäters in rechtsextremistische Kreise die Einzeltätertheorie bis heute nicht akzeptiert.

Die Resolution soll im Ältestenrat vorberaten und in der Vollversammlung des Stadtrates beschlossen werden. Ebenfalls im Rahmen der Gedenkveranstaltungen zum 25. Jahrestag wurde von den Verwandten der am 26.9.1980 getöteten Opfer eingefordert, dass ihrer Angehörigen auch dadurch gedacht werden soll, dass die Namen der Getöteten in angemessener Weise am Mahnmal angebracht werden. Auch dies sollte von der Stadt in geeigneter Form umgesetzt werden. ■



Erinnerung an den 9. November 1938

In vielen Städten der BRD finden am 9. November Kundgebungen, Demonstrationen und Veranstaltungen zum Gedenken an die Reichspogromnacht statt. In Mannheim steht die Aktion in diesem Jahr im Zeichen der Forderung an die Deutsche Bahn AG, die Ausstellung über die Deportation von 11.000 Kindern in Mannheim und in den anderen historischen Durchgangsbahnhöfen zu zeigen. Mittwoch 9. November 2005 ab16.30 Uhr, Informationsstand und Kundgebung, Willy-Brandt-Platz vor dem Hauptbahnhof Mannheim Im Aufruf des Arbeitskreis Justiz Mannheim heißt es dazu:

Wir rufen auf zum Gedenken anlässlich des Jahrestages der Pogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938. Wir wollen erinnern an das, was geschehen ist und müssen, – wie in jedem Jahr das Vergessen und Relativieren in der Bundesrepublik kritisieren.

Wir rufen auf zu einer Kundgebung auf dem Bahnhofsvorplatz in Mannheim, weil wir auf die Rolle der Reichsbahn bei der Deportation und Ermordung der Juden hinweisen wollen. In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 erreichte die Verfolgung der Juden im Deutschen Reich einen vorläufigen Höhepunkt. Vor 67 Jahren richtete sich organisierter Terror von SA und SS, angeordnet von Goebbels und Heydrich gegen Juden und ihren Besitz. Anlass war das Attentat des 17-jährigen jüdischen Flüchtlings namens Herschel Grynszpan auf den dritten Sekretär der deutschen Botschaft in Paris, Ernst vom Rath, der dabei ums Leben kam. Herschel Grynszpans Tat war eine Reaktion auf die Ausweisung von 17.000 jüdischen Männern ohne deutsche Staatsangehörigkeit nach Polen, die am 27. Oktober 1938 begann und wovon auch dessen in Hannover lebende Eltern betroffen waren. Auch aus Mannheim wurden an diesem Oktobertag 75 jüdische Männer mit polnischen Pässen verhaftet, im Mannheimer Hauptbahnhof in bereitstehende Züge verfrachtet, über die polnische Grenze abgeschoben und dort ausgesetzt. Die Nazis brannten am 9. und 10. November 191 Synagogen unter Aufsicht von Polizei und Feuerwehr nieder. An diesen zwei Tagen wurden ca. 100 Morde an Juden begangen und 20.000 verhaftet oder in Konzentrationslager verschleppt.

Unzählige Wohnungen und Geschäfte (7500 nach Angaben Heydrichs) wurden im gesamten deutschen Reich gestürmt und zerstört. Nachdem die Nazis am Morgen des 10. November 1938 in Mannheim beide Synagogen und die Kapelle des jüdischen Friedhofs gesprengt hatten, wurden alle jüdischen Männer zwischen 16 und 60 Jahren, derer man in Mannheim habhaft werden konnte, verhaftet. Sie wurden zu Hunderten am Abend des 10. November 1938 mit einem Sonderzug aus dem Hauptbahnhof Mannheim ins Konzentrationslager Dachau deportiert. Einige von ihnen wurden bereits im Rahmen dieser Aktion ermordet, die anderen wurden, bis zu ihrer endgültigen Deportation im Oktober 1940, vorläufig entlassen. Sie mussten versprechen, das Deutsche Reich so schnell als möglich zu verlassen. Am 22./23. Oktober 1940 schließlich wurden die meisten der noch in Mannheim lebenden Jüdinnen und Juden, zusammen mit anderen aus Baden und der Pfalz, nach Südfrankreich verschleppt. Es handelte sich um fast 2.000 Menschen aus Mannheim. Mit insgesamt 9 Zügen der Reichsbahn wurden sie ins Lager Gurs deportiert.

Viele dieser Deportierten starben im Internierungslager an diversen Krankheiten und Erschöpfung. Nur wenige, insbesondere Kinder, konnten über humanitäre Organisationen vorübergehend aus den Lagern geholt werden. Darunter fanden sich auch vier jüdische Kinder aus unserer Region, die schließlich versteckt im Kinderheim von Izieu bei Lyon fast gerettet worden wären. Es handelt sich um Sami Adelsheimer, Fritz Löbmann, Otto Wertheimer und Max Leiner.

Sami Adelsheimer, er lebte seit 1938 in den S- und G-Quadraten. Er wurde nur 6 Jahre alt.

Fritz Löbmann, er lebte seit 1929 in den D- und L-Quadraten sowie in der Richard-Wagner-Straße. Er wurde nur 14 Jahre alt.

Otto Wertheimer, er lebte seit 1932 in der Richard-Wagner-Straße. Er wurde nur 12 Jahre alt.

Max Leiner, er lebte seit 1936 in den D-Quadraten sowie in der heutigen Kopernikus-Straße. Er wurde nur 7 Jahre alt.

Insgesamt über 11.000 Kinder, die den Torturen in den Lagern zunächst entkommen waren, wurden schließlich in den Jahren 1943 und 1944 über eine Sammelstelle in Drancy, nördlich von Paris, mit Güterwagons der Reichsbahn nach Auschwitz in die Gasöfen gebracht. Der Mannheimer Hauptbahnhof war immer eine Durchgangsstation mit halbstündigem Aufenthalt.

Auch die ursprünglich aus Mannheim verschleppten vier Kinder wurden auf Veranlassung von Klaus Barbie, dem Chef der Gestapo („dem Schlächter“) von Lyon, mit anderen Kindern und deren BetreuerInnen aus dem Kinderheim von Izieu über Drancy und ihre Heimatstadt Mannheim nach Auschwitz in den Tod transportiert. Sie gehören zu den elftausend Kindern, die über diesen Weg in den Tod geschickt wurden.

Die Organisation „Fils et Filles des Deportés Juifs de France“ /FFDJF (Söhne und Töchter der jüdischen Deportierten Frankreichs) und Unterstützungsgruppen in der BRD fordern seit dem letzten Jahr die Bundesbahn auf, eine bereits in französischen Bahnhöfen gezeigte Ausstellung über die Deportation dieser 11 000 Kinder zu übernehmen und in den Bahnhöfen entlang der Transportstrecke durchzuführen.

Trotz vieler Aufforderungen und Protestaktionen lehnt Bahnchef Mehdorn jedes Gesprächsersuchen der Initiatoren ab. Mit unserer Aktion vor dem Mannheimer Hauptbahnhof wollen wir die Forderung an die Bahn nach der Durchführung dieser Ausstellung – auch im Mannheimer Hauptbahnhof – unterstützen.

Wir fordern insbesondere Herrn Mehdorn auf, seine starre Haltung zu ändern.

Arbeitskreis Justiz in Mannheim
www.akjustiz-mannheim.de ■

Bild: Die Bahnhofsausstellungen wurden von mehreren französischen Stadtverwaltungen zum Anlass genommen, die Lokalgeschichte der Deportationen zu untersuchen und der Kinder durch Namensplaketten in den Bahnhöfen zu gedenken. Das Foto zeigt den Bürgermeister von Bordeaux bei der Ausstellungseröffnung im Januar 2004.

„Kein Friede mit Tschechien. Die Sudetendeutschen und ihre Landsmannschaft" heißt ein neues Buch von Erich Später, und ebenso lautete auch der Titel einer Veranstaltungsreihe in mehreren bayerischen Orten – Regensburg, Freising, Geretsried, München –, bei der der Autor sein Buch vorstellte.

„Die Sudetendeutschen und ihre Landsmannschaft"

Lesung mit Erich Später an der Geschwister-Scholl-Universität

In München lud der AStA der Geschwister-Scholl-Universität (offiziell leider immer noch Ludwig-Maximilians-Universität), unterstützt vom Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung in Bayern, am 20. Oktober zu der Lesung ein. Hans-Peter Reischl, Antifa-Referent des AStA, begrüßte die rund 40 Zuhörer. Er begründete die Durchführung der Veranstaltung damit, dass der AStA es seit langem zu seinen Aufgaben zählt, durch Aufklärung über die Geschichte der deutsch-tschechischen Beziehungen und über die unheilvollen Traditionen der Sudetendeutschen Landsmannschaft Geschichtsrevisionismus und Revanchismus entgegen zu treten.

Erich Später folgte bei seiner Lesung dem Aufbau seines Buches, das sich im ersten Teil mit der Geschichte der deutsch-tschechischen Beziehungen während der 1. Tschechoslowakischen Republik (1918–1938) und der deutschen Besatzung (1938/39–1945) und im zweiten Teil mit der Geschichte der Sudetendeutschen Landsmannschaft, insbesondere in ihrer Konstituierungsphase bis 1954, und den Nachkriegskarrieren sudetendeutscher Volkstumskämpfer befasst. Ausgehend vom Jahr 1938, dem Jahr des Anschlusses Österreichs, des völkischen Deutschen Turn- und Sportfestes in Breslau, des Münchner Diktats und der Besetzung eines Drittels des tschechoslowakischen Territoriums durch deutsche Truppen, charakterisierte er die 1. Tschechoslowakische Republik als demokratische Republik und Zuflucht für Tausende deutscher Emigranten.

Die solidarische Unterstützung der Flüchtlinge aus dem Deutschen Reich durch die tschechoslowakischen Antifaschisten aus dem bürgerlich-demokratischen und dem linken Lager und ihren gemeinsamen Kampf benannte Später als den positiven Höhepunkt der Beziehungen zwischen den Menschen beider Länder. „Man hätte allen Grund gehabt, diese Republik zu verteidigen." Dies sei jedoch noch von keiner bundesdeutschen Nachkriegsregierung anerkannt worden.

Das Jahr 1938 nahm Später auch als Stichjahr, um einige konkrete Zahlen zu nennen. So sei die Zahl der Mitglieder nationalsozialistischer Organisationen, umgerechnet auf die Bevölkerungszahl, in den tschechoslowakischen Grenzgebieten, die nach dem Münchner Diktat besetzt und als „Sudetengau" dem Reich eingegliedert wurden, weit höher gewesen als in anderen Regionen. Eine Legende sei die immer wieder zu hörende Behauptung, dass die Mitglieder der Sudetendeutschen Partei (SdP) automatisch und ohne gefragt worden zu sein in die NSDAP übernommen worden seien. „Man musste sich selbst bewerben. Und die Aufnahme in die Hitler-Partei wurde als Auszeichnung betrachtet." Während die bisherigen Mitglieder der SdP in die NSDAP drängten, flohen Antifaschisten, Juden und wer sonst von den Nazis nur Schlimmes zu erwarten hatte in die noch nicht besetzten Gebiete.

Im Frühjahr 1938 habe es, so Später, in den Grenzgebieten 28.000 Einwohner jüdischen Glaubens gegeben, im Oktober 1938 gerade noch 2400. Das Vermögen der Geflohenen sei unmittelbar anschließend unter Beteiligung reichsdeutscher Institutionen wie z.B. Deutsche Bank oder Commerzbank ebenso wie „sudetendeutscher" Nachbarn „arisiert" worden. Informationen, die die in Kreisen der SL gängige Behauptung, der „Anschluss" des „Sudetenlandes" sei nicht mit einer Vertreibung von Teilen der Bevölkerung verbunden gewesen, Lügen strafen – insbesondere, wenn man weiß, dass diejenigen, die nicht rechtzeitig flohen, zum größten Teil in deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagern ermordet wurden.

Vom Jahr 1938 machte Später einen Sprung in das Jahr 1942. Der 27. Mai 1942 sei für ihn „eins der wichtigsten Daten der deutsch-tschechischen Beziehungen im 20. Jahrhundert". An diesem Tage wurde Reinhard Heydrich, Chef der Gestapo und des NS-Sicherheitsdienstes, Organisator des Holocaust und Reichsprotektor im „Protektorat Böhmen und Mähren", durch ein Attentat tschechischer Widerstandskämpfer schwer verwundet. Die Wunden infizierten sich, Heydrich starb am 4. Juni 1942. Die Antwort der Nazis bestand in einer Orgie aus Gewalt und Terror, mit der sie das besetzte Land überzogen. Die Orte Lidice und Lezáky wurden dem Erdboden gleich gemacht. Ihre Namen symbolisieren bis heute die sog. „Heydrichiade", den „absoluten Tiefpunkt der deutsch-tschechischen Beziehungen". Als „Aktion Reinhard" bezeichneten die Nazis selbst die Ausrottungsaktion, der in den Jahren 1942/43 zwei Millionen jüdische Menschen in Polen zum Opfer fielen.

In den Kapiteln seines Buches, aus denen er vorlas, beschreibt Später sehr klar den – von der SL ausdrücklich geleugneten – Zusammenhang zwischen den Ausrottungs-, Vernichtungs- und „Umvolkungs"plänen der Nazis in den besetzten Ländern, den Folgen dieser Pläne (mit deren Umsetzung in der Tschechoslowakei begonnen wurde, deren Verwirklichung aber erst nach dem „Endsieg" wirklich vorangetrieben werden sollte) und dem Wachsen der Überzeugung, dass man mit den Deutschen nicht mehr zusammenleben kann.

Im zweiten Teil seiner Lesung behandelte Später dann die Geschichte der Reorganisation der sudetendeutschen Volkstumskämpfer ab 1945 in der Sudetendeutschen Landsmannschaft und deren „nationaler Gesinnungsgemeinschaft", dem „Witikobund".

Interessantes berichtete er über die Situation der Umgesiedelten in Bayern. Während die Schirmherren in der bayerischen Staatskanzlei heute nicht müde werden, den großartigen Beitrag der „Vertriebenen" zum Wiederaufbau nach dem Krieg und zur Modernisierung Bayerns zu preisen, erinnerte Später daran, dass die Umsiedler in Bayern zunächst nicht gerade mit offenen Armen aufgenommen wurden. Besonders die Gewerbetreibenden und die Landbesitzer, die vom Krieg am wenigsten betroffen gewesen seien, hätten wenig für die „Zugereisten" übrig gehabt. So habe z.B. der bayerische Bauernverband eine Landreform zugunsten der Umsiedler verweigert und die Gewerbefreiheit für alle habe von den Alliierten erst erzwungen werden müssen.



Erich Später: Kein Frieden mit Tschechien. Die Sudetendeutschen und ihre Landsmannschaft, konkret texte 38, Hamburg 2005, 168 Seiten.

Die Ansiedlung sudetendeutscher Umsiedler in geschlossenen Ortschaften wie z.B. Waldkraiburg, Geretsried oder Neugablonz sei dagegen, so berichtete Später, auf eine Forderung von Walter Becher zurückzuführen. Der (kürzlich verstorbene und in der sudetendeutschen Presse mit glorifizierenden Nachrufen bedachte)

ehemalige Redakteur des NS-Organs „Die Zeit“ im „Sudetengau“ und nachmalige langjährige SL-Sprecher habe 1950 zusammen mit anderen sudetendeutschen ehemaligen NSDAP-Mitgliedern den Witikobund gegründet, der bis heute in der SL eine große Rolle spielt.

Gab es damals oder irgendwann danach eine Auseinandersetzung über die eigene Rolle in der Geschichte, eine Selbstbefragung, ein Bedauern über den eigenen Beitrag zu den schrecklichen Geschehnissen, die schließlich zur „Vertreibung“ führten? Später beantwortet diese Frage mit einem eindeutigen: „Nein, nichts davon.“ Stattdessen immer nur die Selbstdarstellung als Opfer. Und Forderungen: nach Rückkehr der Volksgruppe (das Niederlassungsrecht als normale Staatsbürger der Tschechischen Republik reicht ihnen nicht!); nach Entschädigung in mehrstelliger Milliardenhöhe; nach direkten Verhandlungen zwischen der tschechischen Regierung und der SL-Führung, die sich als Exilregierung der „sudetendeutschen Volksgruppe“ versteht und von der Bundesregierung geschlossene Verträge nicht anerkennt.

Auf den Titel seines Buches zurückkommend, schloss Später mit der Feststellung, dass Friede zwischen Tschechen und Deutschen auf der Ebene der normalen Bevölkerung sehr wohl möglich sei und auch längst praktiziert werde. Die große Mehrheit der ehemaligen Bewohner der tschechischen Grenzgebiete teile nämlich die Forderungen der SL nicht. Durch die Aufrechterhaltung dieser Forderungen durch die Landsmannschaft und durch die Tatsache, dass dieser Verein massive staatliche Unterstützung genießt, werde der Friede aber immer wieder in Frage gestellt.

Die Veranstaltung schloss mit einer intensiven Diskussion, in der es u.a. um das absurde Selbstverständnis der SL-Führung als völkerrechtliches Subjekt, um die Rolle des Sudetendeutschen Kontaktbüros („Botschaft“) in Prag, um den ökonomischen Einfluss deutscher Konzerne in der Tschechischen Republik und um die Frage ging, ob es denn der richtige Schluss aus dem Ganzen sei, sich um gute zwischenstaatliche Beziehungen Sorgen zu machen.

Aufschlussreich Späters Antwort auf die letzte Frage nach der Resonanz auf sein Buch: Während eine tschechische Ausgabe bereits geplant sei, tendiere die Resonanz hier zu Lande „fast gegen Null“.

Ein Blick ins Internet zeigt, dass wenigstens die ASten etlicher Universitäten Erich Später in dem halben Jahr seit Erscheinen seines Buches zu Lesungen eingeladen haben.

Renate Hennecke ■

Frankreich:

Umgruppierung(en) im Rechtsaußenlager

Teil 1

Es bröckelt beim Front National, denn „der Chef“ Jean-Marie Le Pen rückt auch weiterhin innerparteilichen Kritikern und Widersachern heftig zu Leibe. Die Keule des „Chefs“ traf in den vergangenen zwei Wochen erneut hochrangige und prominente Parteimitglieder, teils aus der „alten Garde“, die bereits seit den 70er Jahren – also der Phase des mühsamen Aufbaus, während derer der FN nur eine Splitterpartei darstellte – mit dabei waren. Gleichzeitig hat Le Pen Anfang Oktober in gewissem Sinne anerkannt, dass es seiner Partei an erfahrenen Kadern und Aktivisten zu mangeln beginnt: In seiner Abschlussrede zum so genannten „Volksfest“ der Partei, der „Fête BBR (Bleu-Blanc-Rouge)“ (nach den Farben der Nationalfahne „Blau-Weiß-Rot-Fest“ getauft), rief der Vorsitzende des FN die ehemals von ihm nur als „Verräter“ und „Meuterer“ titulierten Anhänger von Bruno Mégret dazu auf, ihn im kommenden Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen 2007 aktiv zu unterstützen.

Le Pens Abschlussrede beim „BBR-Fest“

Am 8. und 9. Oktober hatte, erstmals seit vier Jahren, wieder die „Fête BBR“ im Pariser Raum stattgefunden. Noch in den 1990er Jahren hatte diese, damals regelmäßig von einigen tausend Menschen besuchte, Großveranstaltung alljährlich Mitte September auf einem Rummelplatzgelände im südöstlich an Paris angrenzenden Stadtwald Bois de Vincennes stattfinden können. Doch seitdem im März 2001 eine neue „rot-grüne“ Stadtregierung Paris regiert, wurde dieses Gelände dem FN stets verweigert, da es leiderleider im September immer von einem Zirkus belegt ist und damit für den Faschistenrummel leiderleider kein Platz frei blieb. Nunmehr wurde die „Fête BBR“ nach vierjähriger Unterbrechung wieder aufgenommen, aber nicht auf Pariser Boden, sondern in einer Ausstellungshalle in der nördlich von Paris gelegenen Trabantenstadt Le Bourget.

Daran nahmen in diesem Jahr, laut übereinstimmenden Schätzungen der meisten Presseorgane, rund 3.000 Personen teil. Die Teilnehmerzahl schien erheblich unter dem Durchschnitt der Jahre 1995 bis 1998 zu liegen. Dagegen gibt die FN-eigene Wochenzeitung „National Hebdo“ (NH vom 13. Oktober) an, es hätten sich 15.000 Personen beteiligt. Als einzig größere Publikation hat übrigens die konservative Tageszeitung „Le Figaro“ (vom 10. Oktober) die FN-Version von den angeblichen 15.000 Teilnehmern übernommen. Es bleibt zu prüfen, ob darin eine Leichtsinnigkeit des auf die extreme Rechte spezialisierten Journalisten der Tageszeitung, Olivier Pognon, oder aber ein Augenzwinkern in Richtung des FN liegt. Jedenfalls scheint „Le Figaro“ (obwohl die Zeitung und ihre Wochenendbeilage „Figaro Magazine“ in den letzten 3 bis 4 Jahren auf die offen rassistischen Exzesse, die in ihren Spalten mitunter zu finden waren, größtenteils verzichtet hat) in jüngerer Zeit, diskret, um eine Reintegration des FN in die „Gesamtrechte“ bemüht zu sein. Noch bei der Feier zum zehnjährigen Bestehen der Wochenendbeilage „Figaro Magazine“ 1988 hatte der damalige, inzwischen verstorbene, Herausgeber Robert Hersant darauf bestanden, dass Vertreter des FN ausdrücklich unerwünscht seien. Dagegen konnten sich Jean-Marie Le Pen und die „Nummer Zwei“ der rechtsextremen Partei, Bruno Gollnisch, am 3. Oktober 2005 bei der Feier des „Figaro“ zur jüngst erfolgten Blattreform – die Zeitung erscheint seit einigen Wochen in völlig neuem Layout – tummeln. (Quelle: „Le Canard enchaîné“ vom 12. Oktober) Seit knapp zwei Jahren steht „Le Figaro“ jetzt im Eigentum des Rüstungsindustriellen Serge Dassault, dessen Sohn Olivier Dassault sich um die Geschicke des Blattes kümmert; Serge Dassault war 1995 mit indirekter Unterstützung durch den FN, ohne rechtsextremen Gegenkandidaten, zum Bürgermeister der Trabantenstadt Corbeil-Essonnes gewählt worden.

Ohne auf alle Einzelheiten der Abschlussrede Le Pens beim „BBR-Fest“ (die erstmals, jedenfalls in längeren Auszügen, durch einen Fernsehkanal übertragen wurde: den Kabelsender LCI) einzugehen, so sei doch folgende Passage unterstrichen: Nachdem der FN-Chef die Schaffung von „Präsidentschafts-Aktionskomitees 2007“ ankündigte, fordert er „sieben Jahre nach dem erbärmlichen Mégret-Abenteuer (Anm.: d.h. der Abspaltung vom Jahreswechsel 1998/99) jene, die begriffen haben, sich uns anschließen. Sie werden aufgenommen werden wie das Wunderkind. Ihre Teilnahme am Wahlkampf an unserer Seite wird ihnen erlauben, nach (!) 2007 wieder volle Mitglieder des Front National zu werden.“

Anders ausgedrückt, Le Pen fordert diejenigen ehemaligen Kader und Parteifunktionäre, die bei der damaligen Spaltung der ehemaligen „Nummer Zwei“ Bruno Mégret folgten, dazu auf, erst einmal die Arbeit zu übernehmen – also die Beteiligung am Wahlkampf –, um aber erst hinterher (nach dem kommenden Wahljahr 2007) wieder aufgenommen zu werden. Das taktische Interesse des FN- →

Chefs daran liegt auf der Hand, hatte sein ehemaliger Chefideologie Mégret doch seinerzeit über 50 Prozent der aktiven Funktionäre und zu eigenständigem Denken und Handeln fähigen Kader des FN mitgenommen. Die meisten der hochrangigen Mitstreiter Bruno Mégrets von damals haben sich mittlerweile aus der aktiven Politik zurückgezogen und machen entweder gar nichts mehr (wie seine ehemalige „Nummer 3“ Serge Martinez) oder widmen sich ausschließlich ihrer Publikationstätigkeit im Internet (wie seine frühere „Nummer Zwei“, Jean-Yves Le Gallou).

Einer fast ganzseitigen Untersuchung des „Figaro“, die in der Ausgabe vom 22./23. Oktober unter dem Titel „Die Mégretisten haben es nicht eilig, zu Le Pen zurückzukehren“ erschien, wurde Le Pens Aufruf an die ehemaligen Parteigänger der Mégret-Abspaltung bisher nur in geringem Maße befolgt. Der einzige prominente Name eines ehemaligen Mégret-Anhängers, der sich erneut dem FN angeschlossen hat, ist jener des Lyoner Hochschullehrers und Kommunalparlamentariers (in der Lyoner Vorstadt Villeurbanne) Pierre Vial. Der studierte Historiker Pierre Vial, Theoretiker des „Rassenkriegs“, ist einer der prominentesten Rasseideologen vom neuheidnischen Flügel der extremen Rechten. Dieser Flügel war anlässlich der Spaltung überwiegend Bruno Mégret gefolgt.

Vor einem schwierigen Start ins Wahljahr?

Seitens von Jean-Marie Le Pen kann dieses „Angebot“ wohl nur als Beleg und Eingeständnis für einen gewissen Kadermangel aufgefasst werden. Tatsächlich droht sich der künftige Wahlkampf schwierig zu gestalten, da viele Kader – hinter vorgehaltener Hand, oder sich unter dem Deckmantel der Anonymität in den Medien zitieren lassend – über die nochmalige Kandidatur des „Chefs“, der 2007 dann 79 Jahre alt sein wird, die Nase rümpfen. Viele betrachten die bereits angekündigte Präsidentschaftskandidatur Le Pens (mit der gleichzeitig die Verschiebung jeder Regelung seiner Nachfolgefrage auf die Zeit nach den Wahlen von 2007 verbunden ist) als „die Kandidatur zu viel“. Und auch das Sammeln der 500 Unterstützungs-Unterschriften von Mandatsträgern – Bürgermeistern oder Abgeordneten –, die für eine Präsidentschaftskandidatur notwendig sind, könnte sich schwierig gestalten. Seit den Regionalwahlen vom März 2004 verfügt der FN jetzt über 156 Regionalparlamentarier, die für die Kandidatur unterschreiben können, neben einem halben Dutzend Europaparlamentariern; die übrigen über 300 Unterschriften müssen außerhalb der Partei aufgetrieben werden. Auch wenn Le Pen seine Probleme dabei möglicherweise übertreibt, um sich erneut (wie 2002, als er angeblich bei der Suche der Unterschriften zu scheitern drohte) in die Pose eines „Opfers des Systems“ zu werfen. Da die nächsten Kommunalwahlen 2008, einige Monate nach den Präsidentschaftswahlen, stattfinden, dürften viele Bürgermeister sich es verdammt gut überlegen, ob sie ihre Unterschrift – die publik ist – für Le Pen abgeben oder nicht. Jedoch muss auch bedacht werden, dass 15 bis 20 % der Bürgermeister in Frankreich (das 36.000 Kommunen besitzt, darunter viele sehr kleine) ihre Absicht erklärt haben, nicht zu ihrer Wiederwahl zu kandidieren; das macht bereits einige tausend potenzielle „Wahlpaten“ aus, die hinsichtlich ihrer politischen Zukunft danach nichts mehr zu verlieren haben.

Jedenfalls haben die „Nummer Zwei“ und die (damalige) „Nummer drei“ der Partei, ihr Generalbeauftragter Bruno Gollnisch und der bisherige Generalsekretär Carl Lang, in den letzten Monaten bereits das Angebot dankend abgelehnt, den Präsidentschaftswahlkampf zu leiten. Dabei wurde u.a. gemunkelt, sie betrachteten das Erreichen der 500 Unterstützungs-Unterschriften dieses Mal als schwierig; dies dürfte aber vielleicht nicht der einzige Grund sein. Die Tochter und Anwärterin auf die Nachfolge, Marine Le Pen, schien hinter den Kulissen ebenfalls eher skeptisch über die Aussichten zur kommenden Präsidentschaftswahl zu sein.

Nunmehr hat Le Pen, der in seiner BBR-Abschlussrede die Schaffung eines „Präsidentschafts-Aktionskomitees 2007“ ankündigte, gleichzeitig den Steuerrechtsprofessor und FN-Europaparlamentarier Jean-Claude Martinez zu seinem „Generalkommissar für die Präsidentschaftsstrategie“ ernannt. Professor Martinez, der jetzt diesen hochtrabenden Titel trägt, gilt allerdings in Kreisen eingefleischter Parteikader eher als Hanswurst und pseudo-modernisierungswilliger Kasper. Er ist es, der dem FN (etwa als Thema der letzten Sommeruniversität Ende August) einen Diskurs über „planetare Probleme wie globale Armut und globale Ökologie“ zu verordnen sucht... wobei die rechtsextreme Partei dann doch ohnehin nur nationale „Lösungen“ (vor allem durch die Wiedererrichtung nationalstaatlicher Grenzkontrollen) anzubieten hat. In jüngster Zeit schwafelt Martinez freilich auch ein bisschen (Chirac- oder Blair-kompatibel wirkend) von einer „planetaren Steuer gegen Armut“ daher, vielleicht um staatsmännisch zu wirken. Beim harten Kern der rechtsextremen Kader stößt dies jedoch auf offenen Unmut; so beschwerte sich die, jetzt vor dem Ausschluss stehende, Altfunktionärin Marie-France Stirbois über Jean-Claude Martinez’ Wort von der Einrichtung einer „globalen Sozialhilfe“, was einen Verstoß gegen die rechtsextreme Programmatik darstelle.

Abgang hochrangiger Kader

Als erster ehemaliger langjähriger FN-Funktionär hat der Bürgermeister des südfranzösischen Orange, Jacques Bompard, seinen wahrscheinlichen Übertritt zur Formation des rechtsbürgerlichen EU-Kritikers und Nationalkatholiken Philippe de Villiers erklärt.

Der nationalkonservative Vicomte (Graf) de Villiers taucht in periodischen Abständen bei EU-kritischen Kampagnen (wie jener vor den Abstimmungen über den Maastricht-Vertrag von 1992 und über das neoliberale EU-Verfassungsprojekt 2005) auf. Ab und zu verzeichnet er auch mal Erfolge bei Wahlen, seinen bisher größten Erfolg hatte er bei den Europaparlamentswahlen 1994 (gut 12 %) und 1999 (13 % zusammen mit Ex-Innenminister Charles Pasqua), doch scheiterte er relativ kläglich bei den Präsidentschaftswahlen von 1995 (rund 4,5 %) und trat bei der folgenden Präsidentschaftswahl gar nicht an. Bei den Europawahlen von 2004 erhielt er mit seiner Liste 6,7 %. Aber im Vorfeld des Referendums über den EU-Verfassungsvertrag im Mai 2005 konnte er sich in relativ hohem Maße als Wortführer des „Nein von Rechts“ profilieren – und zwar vor allem aufgrund der Schwäche des FN, der im diesjährigen Abstimmungskampf nur wenig zu vernehmen war. Seitdem versucht er, seine Kleinpartei „Mouvement pour la France“ (MPF, Bewegung für Frankreich), die bisher nicht über das Stadium einer Keimzelle hinauswuchs, zu einer „richtigen“ politischen Kraft umzuformen. Bisher fehlt es ihm allerdings noch an aktivem Personal, weshalb Graf de Villiers auch seit Ende August 2005 erklärt hat, bereitwillig ehemalige FN-Kader aufzunehmen. Das politische Profil der „Villiéristen“ steht dabei irgendwo auf halbem Wege zwischen einer bürgerlich-katholischen Rechten und der extremen Rechten. Im Gegensatz zu letzterer sind die „Villiéristen“ jedenfalls nicht – verbal – „systemfeindlich“ und auch in der Regel nicht offen antisemitisch, allerdings teilen sie einen offen islamophoben Rassismus, der sich hauptsächlich gegen moslemische Einwanderer und gegen einen potenziellen künftigen EU-Beitritt der Türkei richtet.

Die linksliberale Pariser Tageszeitung „Libération“ hatte im September bereits vorschnell verkündet, Bompard (der den FN nach seinem Ausschluss aus dem „Politischen Büro“ vom 9. September verlassen hat) und de Villiers hätten sich getroffen. Das wurde später jedoch dementiert, freilich im Sinne eines „noch nicht, aber die beiden wollen später zusammentreffen“. Am 20. Oktober erklärte Bompard dann jedoch im Kabelkanal LCI, er denke „ernsthaft daran“, Philippe de Villiers bei der kommenden Präsidentschaftswahl aktiv zu unterstützen und auch dessen Partei beizutreten. „Er ist tatsächlich der einzige Kandidat, den ich unterstützen könnte“, erklärte Bompard wörtlich, „und ich werde ihn in den kommenden Tagen treffen“.

Bernhard Schmid, Paris ■

(Teil II in AN 23-05)

Protest vor spanischem Konsulat

FRANKFURT. Mindestens 150 Menschen demonstrierten am 11. Oktober vor dem spanischen Konsulat in Frankfurt gegen die Schüsse auf Flüchtlinge in den spanischen Enklaven Melilla und Ceuta. Ebenso wurden die Abschottungspolitik der Europäischen Union und die Abschiebung der erfolgreich durchgebrochenen Flüchtlinge scharf verurteilt. Vor dem marokkanischen Konsulat protestierten die DemonstrantInnen gegen die Verschleppung von Flüchtlingen in die Wüste, durch die ebenso wie durch die Schüsse bereits zahlreiche Flüchtlinge getötet wurden.



Während der Kundgebung wurde das Hochhaus, in dem das spanische Konsulat im 23. Stock residiert, mit allerlei Transparenten und Stacheldraht verziert. Nach der Kundgebung ging es in einer Spontandemo weiter zum marokkanischen Konsulat, wo die Abschlusskundgebung stattfand. Hier wurde noch einmal besonderes Augenmerk auf das Schicksal der in die Wüste Deportierten gelegt und Augenzeugenberichte verlesen. Insgesamt war es erfreulich, dass trotz der äußerst kurzfristigen Mobilisierung doch so viele Leute auf die Straße gegangen sind. *antifa.frankfurt.org*
indymedia, 12.10.05 ■

Bundesverwaltungsgericht hebt Verbot der Zeitung „Özgür Politika" auf

LEIPZIG. Das Leipziger Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hat am 18. Oktober 2005 das von Bundesinnenminister Otto Schily am 5. September 2005 erlassene Verbot der prokurdischen, in der E. Xani Presse- und Verlags GmbH erschienenen Tageszeitung „Özgür Politika", aufgehoben. Grundlage dieser Entscheidung war der von den Anwälten des Verlages eingereichte Eilantrag gegen die ministerielle Verbotsverfügung.

Auf Veranlassung des Bundesinnenministers wurden am 5. September 2005 in einer groß angelegten Polizeiaktion die Räume der in Neu-Isenburg ansässigen E. Xani Verlags GmbH, der Zeitung „Özgür Politika", der Nachrichtenagentur Mezopotamia Haber Ajansi (MHA) bzw. der Welat-Verlags GmbH durchsucht, aufgelöst und verboten. Ferner durchsuchte die Polizei den Mezopotamien-Verlag in Köln und den MÎR-Musikverlag in Düsseldorf sowie zahlreiche Wohnungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller Institutionen. Hierbei beschlagnahmte die Polizei massenhaft Arbeitsmaterialien, Bücher, Kassetten, Zeitschriften und die Vermögen der betroffenen kurdischen Verlage. Laut Verfügung sollten keine „Ersatzorganisationen" gebildet oder „bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen" fortgeführt werden dürfen. Untersagt wurde ferner die weitere Verwendung von Kennzeichen, „insbesondere für das Logo der Zeitung „Özgür Politika".

Begründet wurden die Verbotsmaßnahmen damit, dass diese kurdischen Einrichtungen „nachweislich in die Organisationsstruktur der PKK (heute Kongra Gel) eingebunden" gewesen sein sollten; insbesondere sei die Zeitung „Özgür Politika" als „Sprachrohr der PKK" einzustufen, weil sie „Nachrichten und Propaganda" verbreitet und „die Anhängerschaft mobilisiert" habe.

Diese Einschätzung des Bundesinnenministers haben die Richter des Bundesverwaltungsgerichts offenbar nicht geteilt und insbesondere die angeordnete „sofortige Vollziehung" der Verbotsverfügung für nicht rechtens erachtet.

Der Azadi Rechtshilfefonds begrüßt diese Entscheidung und fordert

• die sofortige Herausgabe sämtlicher beschlagnahmter Gegenstände,

• die Rückgabe der eingezogenen Vermögen,

• die sofortige Einstellung der eingeleiteten Ermittlungen,

• ein Ende der Kriminalisierungspolitik und die Legalisierung der politischen Betätigung für Kurdinnen und Kurden.

Azadi, Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland e.V. ■

Prozess wegen Residenzpflichtverstoß

HALBERSTADT. Am 7.11. findet in Halberstadt ein Prozess gegen einen Flüchtling statt. Ihm wird vorgeworfen, gegen die sog. Residenzpflicht verstoßen zu haben: Amtsgericht Halberstadt, Wagnerstraße (ca. 5 Minuten vom Bhf) ab 11 Uhr.

Ein Mensch fährt von Halberstadt nach Aschersleben. Dort will er vielleicht einkaufen, eine Freundin besuchen oder einfach nur spazieren gehen. Nichts besonderes, nichts außergewöhnliches könnte mensch glauben, würde es sich hier um einenMenschen handeln, der die Staatsbürgerschaft der BRD besitzt. Anders, wenn dieser Mensch ein Flüchtling ist.

In den vielfältigen Sondergesetzen, mit denen die Flüchtlinge zu sicherheits- und ordnungspolitischen Verwaltungsakten gemacht wurden, spielt die sogenannte Residenzpflicht eine besondere Rolle. Das Residenzpflichtgesetz ist ein Gesetz, das nur für die Flüchtlinge in der BRD gilt, die sich noch in ihrem Asylverfahren befinden. In Europa ist es einmalig. Es besagt, dass sich die Flüchtlinge nur in dem Landkreis, in dem sich ihre zuständige Ausländerbehörde befindet, aufhalten dürfen. Es gilt seit 1982.

Für Flüchtlinge, deren Asylantrag abgelehnt wurde, die jedoch eine Duldung haben, gelten ebenfalls Aufenthaltsbeschränkungen auf anderen rechtlichen Grundlagen. Allerdings beruhen diese auf den gleichen Grundgedanken: Den betroffenen Ausländern soll vor Augen gestellt werden, dass sie kein richtiges Aufenthaltsrecht in Deutschland haben. Außerdem soll „eine ihre spätere Entfernung aus dem Bundesgebiet möglicherweise hindernde soziale Integration vermieden werden," wie es dazu in einer höchstrichterlichen Entscheidung heißt. Und es geht auch um die Abschreckung anderer Flüchtlinge.

Zum Verlassen des Landkreises bzw. des Ortes, der dem Flüchtling zugewiesen wurde, muss eine Reiseerlaubnis von der Ausländerbehörde beantragt werden, auch wenn es sich nur um 5 Meter handelt. Für die Erteilung der Reiseerlaubnis gibt es keine nachvollziehbaren Regeln, deshalb ist den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der sogenannten Ausländerbehörden, die in der Regel im Ordnungsamt integriert sind, jede Form von Willkür möglich. Im konkreten Fall geht es rechtlich vor allem um die Frage, ob außer dem jüngsten Verstoß gegen die Aufenthaltsbeschränkung, der nicht zu bestreiten ist, dem Menschen auch ein Verstoß im letzten November zur Last gelegt werden kann. Erst der zweite Verstoß kann als Straftat geahndet werden; sonst ist es nur eine Ordnungswidrigkeit. Im November wurde der Angeklagte aber lediglich im Bahnhof Halberstadt beim Besteigen eines Zuges angetroffen. Als Zeugin der Anklage wird, wie kann es anders sein, eine Beamtin der Ausländerbehörde auftreten.

Wir fordern die sofortige Einstellung des Verfahrens! Wir fordern die sofortige Abschaffung der Residenzpflicht! Erscheint zahlreich zum Prozess!

The _voice_berlin
THE_VOICE_BERLIN@gmx.de ■

Noborder camp 05 in Griechenland/Bulgarien

In diesem Sommer gab es verschiedene Camps zum Thema No Border / Migration. Die Aktivisten trafen sich in Südeuropa, in Orten, an denen Migration in die EU stattfindet und verschiedene Facetten der Festung Europa deutlich werden, so im spanischen Tarifa, in Sizilien und im bulgarisch-griechischem Grenzgebiet. Das bulgarisch-griechische Camp fand vom 22. bis 28. August statt.

Das camp begann auf der bulgarischen Seite in Klutch, in der Nähe eines ehemaligen Grenzübergangs nach Griechenland. Dorthin kamen etwa dreißig Leute aus Bulgarien, Frankreich, Deutschland und Griechenland. In den ersten Tagen fanden keine Aktionen, sondern hauptsächlich Diskussionen statt, zum Beispiel zum Thema Rassismus gegen Roma und Sinti in Bulgarien. Die AnwohnerInnen zeigten sich sehr interessiert an dem Camp, und kamen oft vorbei, um an den Diskussionen teilzunehmen. Es war auch noch ein Grenzspaziergang zur griechisch-bulgarischen-mazedonischen Grenze geplant, allerdings wurde der von den lokalen Behörden nicht genehmigt, da sie vorschoben, er müsse früher angemeldet werden.

Die Situation an der bulgarisch-griechischen Grenze ist geprägt vom baldigen EU-Beitritt (2007) Bulgariens. Die Grenzen werden langsam geöffnet, allerdings hauptsächlich für Waren und Kapital, weniger für die Menschen. Das bedeutet, das es einfacher geworden ist, Produktionsmittel nach Bulgarien zu verlagern. Im letzten Jahr gab es eine Reihe von Fabrikschließungen in Griechenland, deren gesamte Maschinerie buchstäblich über Nacht nach Bulgarien abtransportiert wurde, um dort billiger produzieren zu können. Es sind Fabriken, in denen schon seit Jahren versucht wurde, Niedriglohn und schlechte Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Die griechischen Arbeiter hatten sich erfolgreich dagegen wehren können. Durch die EU-Osterweiterung wurde nun der Arbeitskampf umgangen.

Andersherum ist es für die Bulgaren nicht so einfach, die Grenze zu überqueren: zuerst wird ein Visum verlangt, und meistens auch noch der Nachweis von 40-50 Euro pro Tag Aufenthalt in Griechenland – für den Großteil der Bevölkerung ist das unerschwinglich. Für politische Aktivisten wird es noch schwieriger, speziell im Vorfeld größerer Demonstrationen wie z.B. der EU-Gipfel in Tessaloniki 2003. Dort wurden viele Demonstranten nicht über die Grenze gelassen, obwohl ihre Papiere in Ordnung waren. Aufgrund dieser Erfahrungen fuhren am Donnerstag einige Dutzend Griechen nach Promahonas, dem Grenzübergang, um ihre bulgarischen und internationalen Genossen abzuholen. Die Aktion dauerte sechs Stunden. Die Camp-Teilnehmer wollten zu Fuß über die Grenze gehen. Dabei kam es zu einem Konflikt, als einer der Teilnehmer fotografierte und daraufhin die Kamera beschlagnahmt wurde. Nach einigen Diskussionen wurde die Kamera zurückgegeben. Ein französischer Aktivist wurde auf der bulgarischen Seite lange festgehalten und von den Grenzbeamten verhört.

Schließlich kamen griechische Beamte, um die Gruppe über die Grenze zu begleiten. Dort warteten schon seit Stunden die Griechen, die sich mit Transparenten an die Grenze gestellt hatten. Die üblichen Einreiseformalitäten mit Nachweis der Visa und des Geldes wurden dann nicht mehr vorgenommen. Es sollten noch zwei Vans mit über die Grenze, die aber stundenlang durchsucht wurden. Nach Protesten und kurzzeitigen Straßenblockaden wurden sie auch hinübergelassen. Die Aktivisten konnten dann geschlossen und mit einem lautstarken Abschied weiterfahren.



Das camp wurde in der griechischen Kleinstadt Xanthi fortgesetzt. Xanthi liegt in Nordostgriechenland, im Dreiländereck Bulgarien, Griechenland und der Türkei. 30 Prozent der EinwohnerInnen in Xanthi gehören zur türkischen Minderheit.

Für das noborder camp wurde ein Teil der dortigen polytechnischen Universität besetzt. Die Uni befindet sich in der Nähe vom Zentrum. Von den Gebäuden hingen Transparente, die auf das camp aufmerksam machten. Etwa 150 Leute nahmen an diesem Teil des noborder camps teil, hauptsächlich Griechen, aber auch Aktivisten aus Bulgarien, Serbien, Polen, Frankreich, Italien, Spanien und Deutschland.

Vorbereitet wurde das camp von Anarchisten der „Antiautoritären Bewegung“ und der „Migranten und Flüchtlingsgruppe“ Tessaloniki/Athen.

Es gab zwei Demonstrationen in Xanthi und der nahegelegenen Stadt Komotini, wegen den Lebensbedingungen der dortigen türkischen Minderheit. Die türkische Minderheit ist in Griechenland diskriminiert, speziell in den Bereichen der Ausübung der eigenen Kultur und der Bildung. Außerdem ist der Lebensstandart viel niedriger und die Arbeitslosigkeit viel höher als bei den Griechen. Es gibt bürokratische Hürden bei der Aufnahme eines Studiums oder um einen Führerschein zu bekommen. Die Kinder gehen in „Minderheitenschulen“., die noch aus der Zeit der Diktatur stammen, also völlig veraltet sind. Sie lernen dort wenig über ihre Kultur.

Es gibt viele Angehörige der türkischen Minderheit, die weder richtig türkisch noch griechisch sprechen. Das ist doppelt tragisch, weil das Können der eigenen Sprache eine essentielle Voraussetzung ist, um seinen Forderungen als diskriminierte Gruppe Ausdruck zu verleihen.

Die türkische Minderheit ist auch eher eine geschlossene Gesellschaft, es gibt wenig Kontakte zu den Griechen. Die Türkei versucht, über die türkischen Zeitungen dort eine nationalistische Propaganda zu betreiben. Die Demonstrationen des noborder camps waren die ersten, die durch die türkischen Stadtviertel führten. Eins der Ziele des noborder camps war es, Kontakte zu knüpfen und die Menschen zu motivieren, für ihre Rechte zu kämpfen, vor allem, da es keine politischen Gruppen gibt, die offensive Forderungen aufstellen. Ein zweites Ziel war es, das Thema in die Öffentlichkeit zu bringen, da es kaum Diskussionen über Minderheitenrechte gibt.

Vertreter der türkischen Minderheit führten auch Veranstaltungen auf dem camp durch.

Das zweite Thema des noborder camps befasste sich mit der griechischen Flüchtlingspolitik. Neben den Demonstrationen in Xanthi und Komotini gab es noch eine in Venna. Dort befindet sich eins der griechischen Abschiebelager.

Viele Flüchtlinge aus der Türkei, dem Irak, Iran, Afghanistan und anderen Ländern passieren die griechisch-türkische Grenze, um dort in die EU einzureisen. Es gibt allerdings in Griechenland nur wenige Flüchtlinge, die einen Asylantrag stellen, da die meisten Flüchtlinge nach Mitteleuropa wollen. Man kann seit einiger Zeit in der EU nur in einem einzigen Land einen Asylantrag stellen. Das wird von der EU durch die Erhebung von biometrischen Merkmalen und deren Speicherung in europaweiten Zentraldatenbanken überwacht. Abgesehen davon hat Griechenland auch die niedrigste Asyl-

anerkennung in ganz Europa, von 8000 Anträgen im letzten Jahr wurden nur 3 (!) positiv entschieden.Wie überall in der EU legt der griechische Staat in der Flüchtlingspolitik einen Schwerpunkt darauf, möglichst wenige Flüchtlinge ins Land zu lassen, bzw. diejenigen, die es schaffen ins Land zu kommen, aufzuspüren und wieder abzuschieben.

In den Grenzgebieten zwischen der Türkei und Griechenland befinden sich viele Minenfelder. Für Flüchtlinge ist die Überquerung dieser Grenze deshalb sehr gefährlich. Diese Minen wurden im letzten Jahrhundert während diverser Kriege zwischen den beiden Staaten und der Weltkriege gelegt. Es gibt zwar ein Abkommen über die Räumung der Minen, aber dieses existiert nur auf dem Papier, da niemand wirkliches Interesse daran hat. Für die Machthaber der EU erfüllen die Minenfelder den Zweck, Flüchtlinge abzuschrecken. Dies ändert natürlich nichts an den Fluchtgründen, und so gibt es an der Grenze immer wieder Todesfäle, von Flüchtlingen, die auf Minen treten. An dieser Grenze ist auch nicht nur die Grenzpolizei stationiert, sondern in Lagos befindet sich auch einer der größten Militärstützpunkte Griechenlands.

Die Militarisierung des Grenzgebietes hat zur Folge, dass der Zugang zur EU für immer mehr Flüchtlinge verwehrt ist. Oft bleibt diesen Menschen deshalb nichts anderes übrig, als auf die Hilfe von Schleusern zurückzugreifen. Kürzlich wurden in Freiburg und Villingen-Schwenningen Wohnungen von Leuten durchsucht, denen vorgeworfen wird, Kurden über diese Grenze nach Griechenland und von dort aus weiter nach Deutschland geschleust zu haben.

Eine andere Möglichkeit, in die EU einzureisen, ist der Weg über das Ägäische Meer. Auch dort gibt es immer wieder Tote, weil die Boote manchmal sinken, da sie zu alt sind oder von den Schleusern überladen werden. Manchmal werden Boote auch von den Hafenbehörden festgehalten und deren Insassen in Abschiebelager transportiert, wie es eins auf der Insel Mytilini gibt. Diese Situation erinnert an die Nachrichten aus Sizilien oder von der spanischen Küste. Die Methoden sind nicht in jedem EU-Land dieselben, aber sie ähneln sich, und sie haben alle dasselbe Ziel: die Ausgrenzung von Flüchtlingen, auch wenn dabei über Leichen gegangen wird. Im Rat der Innenminister der EU heißt das: „Harmonisierung der Asylpolitik“.

Im gesamten Nordosten Griechenlands gibt es viele Kontrollen, z.B. auf der Autobahn nach Tessaloniki werden LKW angehalten und kontrolliert, ob sie Migranten transportieren. Die Polizei kontrolliert Ausweise in öffentlichen Verkehrsmitteln; Busfahrer melden Menschen, die nach Migranten aussehen. Werden Flüchtlinge bei der Grenzüberquerung von der Polizei angetroffen, werden sie in einem Abschiebelager bis zu drei Monaten inhaftiert. Sie werden dort nicht über ihre Rechte aufgeklärt und haben keinen Kontakt zur Außenwelt. Solch ein Lager – nahe der EU-Außengrenze – in den lokalen Medien als „welcome-center“ bezeichnet – ist Venna. Dort fand auch eine Demonstration des noborder camps statt. Nach einem Schlagabtausch mit der Polizei wurde den Demonstranten erlaubt, eine Delegation in das Lager zu schicken. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich nur wenige Häftlinge dort, doch sollen während des Irakkrieges bis zu 800 Häftlinge zur selben Zeit dort festgehalten worden sein.

Die Delegation filmte die Räume und schrieb sich die Namen der Häftlinge auf, um sie einem Rechtsanwalt zukommen zu lassen. Es war zum ersten Mal möglich, dass eine Delegation solch ein Lager betreten konnte, um die Isolation der Gefangenen zu durchbrechen. Die Gruppen vor Ort wollen sich weiterhin um die Gefangenen kümmern, damit sie die Möglichkeit haben, einen Asylantrag zu stellen.

Am Sonntag Abend ging das noborder camp nach zahlreichen Diskussionen, Aktionen und kulturellen Veranstaltungen zu Ende.

aus Antifaschistische Zeitung für Emmendingen, Freiburg, Waldkirch, Nr. 8-9/2005 ■

Brand in Abschiebegefängnis

AMSTERDAM. Bei einem Gefängnisbrand am 27.10. sind am Amsterdamer Flughafen Schiphol elf Abschiebehäftlinge ums Leben gekommen, 15 weitere Personen wurden verletzt. Nach Aussagen der Flüchtlinge hatten die Gefängnisaufseher die Hilferufe der Gefangenen nicht ernst genommen und öffneten viel zu spät die Zellen, die mit keiner Zentralverriegelung gesichert waren, die es ermöglicht, schnell sämtliche Zellen zu öffnen. Feuerwehrleute brauchten 3 Stunden, um die Flammen zu löschen. In dem Abschiebegefängnis saßen 350 Menchen. Es ist von einem drei Meter hohen Zaun und Stacheldraht umgeben. Insgesamt wurden von hier bereits 26000 Menschen abgeschoben. Menschenrechtsgruppen beklagen immer wieder, dass auch Flüchtlinge betroffen sind, denen in ihrer Heimat Folter und Verfolgung droht. Europarefeferent Karl Kopp von Pro Asyl sagte dazu gegenüber der FR vom 28.10.: „Die Haftanstalten sprießen überall wie Pilze aus dem Boden. Das ist ein eskalierender Prozess.“ Abschiebegefängnisse seien soziale Elendszonen und zumindest potenzielle Orte für Menschenrechtsverletzungen. Insbesondere die Niederlande und Großbritannien hätten ihre Einrichtungen an den Flughäfen ausgebaut.

Quelle: FR 28.10.2005 ■

Aufruf zum Protest gegen Haftbefehl

Der Aktivist der Flüchtlingsorganisation „The Voice Refugee Forum“ und Menschenrechtler Cornelius Yufani soll jetzt nach jahrelanger juristischer Auseinandersetzung wegen Verletzung der Residenzpflicht inhaftiert werden. Am Donnerstag, den 27.10.05 soll er beim Gerichtsvollzieher erscheinen. Cornelius Yufanyi könnte die Inhaftierung durch Zahlung der gegen ihn verhängten Geldstrafe in Höhe von 323,20 Euro abwenden. Dies hat er abgelehnt: „Ich werde für mein Recht auf Bewegungsfreiheit nicht bezahlen und bin bereit dafür auch ins Gefängnis zu gehen“. Yufani verweist gemeinsam mit Flüchtlingsorganisationen auf die kolonialistische Tradition, in der die Residentpflicht steht: „Schon während der Kolonialzeit haben die Deutschen versucht, die Bewegungsfreiheit der Kolonisierten zu kontrollieren und zu unterbinden. Damals wurden dafür in den Kolonien ein „Eingeborenenregister“ und eine Art Pass (eine Blechmarke) eingeführt. „Da jeder Pass nur in einem Bezirk gültig und durch entsprechende Nummernfolgen gekennzeichnet war, sollte jederzeit möglich sein, festzustellen, ob Afrikaner ihren Bezirk oder Distrikt verlassen hatten. Wollten sie dies legal – für einen befristeten Zeitraum – tun, mussten sie sich von der zuständigen Polizeistation einen Reisepass geben lassen. Am Reiseziel selbst hatten sie sich ihre Ankunft mit Uhrzeit bestätigen zu lassen. Lückenlos überwacht, sollten die Kolonisierten keine Möglichkeit haben, sich frei zu bewegen.” Eines der damaligen Kolonien war Kamerun, das Herkunftsland von Cornelius Yufanyi.

Der niedersächsische Flüchtlingsrat unterstützt die Aufrufe von „The Voice“ und dem „Göttinger Arbeitskreis zur Unterstützung von Asylsuchenden“ zum Protest gegen die drohende Inhaftierung von Cornelius Yufani und bittet um Beteiligung an der Protestkampagne. Da der Haftbefehl gegen Cornelius Yufanyi bereits am Donnerstag den 27.10.05 in Kraft tritt, wäre es gut, schnell zu protestieren. Die Faxadressen der zuständigen Behörden sind:

Amtsgericht Götttingen, Gerichtsvollzieher Frank Lohse, Berliner Str. 8,37073 Göttingen, Fax: 0551-403-1300 AG Göttingen

Sowie: Staatsanwaltschaft Mühlhausen, Strafvollstreckung, Brunnenstr. 125, Fax: 03601-458-155

Bitte schicken Sie/ schickt immer auch eine Kopie des Faxes an The Voice Refugee Forum/ AK Asyl Göttingen: Fax: 0551-58898,

Email: the_voice_goettingen@gmx.de ■

Rezension: „Unsere Opfer zählen nicht“



Dieses Fazit von Menschen aus der 3. Welt ist ein berechtigter Vorwurf an die Antifaschisten – vor allem aber an die Geschichtsschreibung und an deren Berichterstattung über den 2. Weltkrieg. Nun hat das „Rheinische JournalistInnenbüro“ ein umfangreiches Buch zu diesem Thema vorgelegt. Wichtig daran ist, dass die betroffenen Menschen selber berichten, ihre Stimme erheben.

Der Beginn des 2. Weltkriegs wird mit dem 1. September 1939 angegeben, obwohl bereits 1935 Italien von seinen Kolonien Eritrea und Somalia aus Äthiopien überfallen hatte. Der Völkerbund versagte angesichts dieses Völkerrechtsbruchs, was zu seinem Ende führte – das droht heute durchaus auch der UNO.

Beim Stichwort Afrika und 2. Weltkrieg fällt den meisten Menschen ein, dass es in Nordafrika einen Wüstenkrieg gegeben hat, dass die Hitler-Wehrmacht versucht hat, über Ägypten hinaus vorzustoßen. In Emmendingen wissen die alten Menschen, dass zu den französischen Soldaten 1945 auch Marokkaner gehörten.

1940, als die Nazi-Wehrmacht Frankreich besiegte, wurden afrikanische Soldaten der französischen Armee ausgesondert und erschossen, weiße Soldaten kamen in Kriegsgefangenschaft.

Joseph Issoufou Conombo aus Burkina-Faso schrieb seine Geschichte, weil er wütend feststellte, dass bei den französischen Siegesparaden der Anteil afrikanischer Soldaten an der Befreiung Frankreichs und am Sieg über die Nazi-Wehrmacht unterschlagen wurde. Er wurde seinerzeit zu den „Tirailleurs Sénégalais“ eingezogen, ausgebildet und nahm an der Landung in Südfrankreich teil. Er kämpfte in Südfrankreich, marschierte dann mit in Deutschland ein, wo er u.a. in Freiburg kämpfte. Nie waren die Afrikaner gleichberechtigt, sie bekamen weniger Sold, schlechtere Ausrüstung und Verpflegung. Schikanen waren an der Tagesordnung. Alle Widerstandsaktionen dagegen wurden brutal unterdrückt.

Die Armeeführung erklärte den stattfindenden Kampf immer als Kampf gegen den Faschismus und für Freiheit – wenn die Afrikaner ihre eigene Freiheit einforderten, war Schluss mit den schönen Worten. Ende 1944 kommt es zu der Revolte in Thiaroye (bei Dakar im Sénégal): Heimkehrenden Tirailleurs wird die Auszahlung ihres Soldes, ihrer Abfindungen und Entlassungsprämien verweigert. Sie nehmen daraufhin einen General gefangen, lassen ihn gegen Ehrenwort frei, weil er verspricht, sich für sie einzusetzen. Das Ergebnis ist: Sie werden zusammengeschossen, weit mehr als 200 bleiben tot liegen. Dieses Massaker ist kein Einzelfall.

Afrika war nicht nur ein Reservoir für die Kolonialarmeen. Für die Kriegsführung wurden die Kolonien ausgeplündert, die Kriegswirtschaft ist die Grundlage auch für die Nachkriegszeit. Bodenschätze waren genauso begehrt wie Produkte der Landwirtschaft.

Der 2. Weltkrieg hat die ganze Welt erfasst, gekämpft wurde an vielen Stellen. Menschen wurden einbezogen nicht nur als Soldaten, sondern auch als Hilfskräfte, als Zwangsarbeiter. Frauen wurden zur Prostitution gezwungen. Andererseits wurde auch Widerstand geleistet gegen Besatzer – oft mit einfachsten Mitteln. Ein neueres Beispiel der Missachtung von betroffenen Menschen der 3. Welt ist die Behauptung des ZDF-Geschichts„experten“ Knopp, die zwischen der US-Armee und der japanischen Armee umkämpften Inseln im Pazifik seien unbewohnt gewesen.

Das hier beschriebene Buch ist unglaublich materialreich und hoffentlich nur der Anfang einer solchen Geschichtsschreibung.

huf ■

Rheinisches JournalistInnenbüro: „Unsere Opfer zählen nicht.“ Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg, Hrg. von Recherche International e.V., ISBN 3-935936-26-5, 444 Seiten, mit 400 Fotos und 10 Karten, März 2005, 29.50 Euro, Assoziation A

Veranstaltungen im NS-Dokumentationszentrum in Köln:

...immer etwas abseits Werner T. Angress liest und erzählt aus seinen (Jugend-) Erinnerungen

1920 wurde der Autor in einer bürgerlichen Familie des Berliner Westens geboren, zu deren Grundsätzen der deutsche Patriotismus ebenso gehörte wie die jüdische Herkunft. Man hatte Kontakte zu christlichen Mehrheitsgesellschaft – auch durch Verwandte –, feierte Weihnachten. Werner machte aber auch schon als Schüler Erfahrungen mit dem Antisemitismus, der nach 1933 Staatsdoktrin wurde. In diesem Jahr wurde er für eine Gruppe der jüdischen Jugendbewegung geworben, dem „Schwarzen Fähnlein“. Drei Jahre später entschied er sich für eine landwirtschaftliche Ausbildung im nichtzionistischen Auswandererlehrgut Groß-Breesen, die er abbrechen musste, als seine Familie nach England und später Holland emigrierte. Allein gelang ihm 1939 die Einreise in die USA, zwei Jahre später wurde er Soldat in der amerikanischen Armee. Als GI kam er nach dem D-Day nach Europa zurück, geriet für kurze Zeit in deutsche Gefangenschaft, kam für einen Monat in das schon befreite Köln und erlebte das KZ Nebenlager Wöbbelin im Moment des Vakuums nach der Flucht der SS. In die USA zurückgekehrt wurde er Historiker und lehrte in Berkeley und New York. 1988 nach seiner Emeritierung, zog er nach Berlin.

Die Veranstaltung des Jugendclub Courage Köln findet in Kooperation mit der BUNT-Buchhandlung und dem NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln statt.

Do. 17.11.2005, 19.30 Uhr EL-DE-Haus, Appellhofplatz 23 - 25, Köln, UKB: 5,-/ 3,- Euro

„Ich musste nach Deutschland um zu überleben...“ Berl Kostinski, ehemaliger Soldat der Sowjetarmee, erzählt.

Es ist der 8. August 1941. Eine offene Scheune in Nebeliwka, südwestlich von Kiew. Verwundete Sowjetsoldaten. Unter ihnen verwundet am Boden liegend: Berl Kostinski. Ein Wehrmachtsleutnant mit einer Pistole in der Hand kommt auf ihn zu. Ein deutscher Feldwebel meldet: „Er behauptet, ein Deutscher zu sein.“ Ein kurzer, finsterer Blick auf Kostinski: „Er lügt! Das ist ein Jude!“

Berl Kostinski war Soldat der Sowjetarmee, als er 1941südwestlich von Kiew schwer verwundet wurde. Eine Notlüge rettete ihn vor dem sicheren Tod durch deutsche Wehrmachtsoldaten.

Die Folge war, – Ironie des Schicksals – dass er nach Hitlerdeutschland musste, um nicht als Jude entdeckt und ermordet zu werden.

Er lebte bis Kriegsende 1945 bei Berlin und Köln unter den Namen Hans Vogeler und Boris Kostin.

Glück, Geschick und einige Deutsche halfen ihm, alle medizinischen und rassischen

Kontrollen der Nazis unbeschadet zu passieren. Er erwartete schon die Befreiung durch die Alliierten. Da traf ihn eine Granate aus einem amerikanischen Geschütz fast tödlich. Auf deutscher Frontseite musste er in ein Lazarett. Ein letztes Mal drohte ihm die Enttarnung.

Diese einmalige Geschichte hört sich zunächst an wie eine Abenteuererzählung, wenn nicht die ständige Lebensbedrohung dahinter stünde. Sehr temperamentvoll wird sie von dem heute 84-Jährigen in deutscher Sprache geschildert. Die Veranstaltung des Jugendclub Courage Köln findet in Kooperation mit dem NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln statt.

Do. 24.11.2005, 19.30 Uhr, EL-DE-Haus, Appellhofplatz 23 - 25, Köln, UKB: 5,- /3,- Euro

Zeitzeichen „Vorsicht Antifaschismus!

BERLIN. In einer Auflage von 30.000 Exemplaren ist die neue Flugschrift „Zeitzeichen“ erschienen, die Erstauslieferung erfolgt in der Woche vom 31.10. bis 4.11. Die Flugschriften, von denen im nächsten Jahr einige erscheinen werden, wollen breite Öffentlichkeit schaffen für antifaschistische Themen.

zu beziehen über Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, e-mail: bundesbuero@vvn-bda.de, Internet: www.vvn-bda.de


Vorsicht Antifaschismus!

Flugschrift

zeitzeichen

Zeigt her eure Füßchen...

...verpackt eure Schuh' und seht couragierten Staatsdienern z

Uta Leichsenring (Polizeipräsidentin Eberswalde/ Brandenburg): Entwickelte ein bundesweit beachtetes Konzept zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus – suspendierte im Sommer 1996 acht Beamte der Polizeiwache Bernau, die beschuldigt wurden, vietnamesische Zigarettenhändler im Wachlokal misshandelt und gequält zu haben – ausgezeichnet mit dem »Theodor-Heuß-Preis für Demokratie und Zivilcourage« – nach Aussage des Brandenburger Innenministeriums heute nicht mehr im Polizeidienst.

Erardo Rautenberg (Generalstaatsanwalt/ Brandenburg): Geriet 2002 in der Brandenburger V-Mann-Affäre mit Landesinnenminister Schönbohm aneinander, weil dieser V-Leuten »szenetypische« Straftaten durchgehen lassen wollte – bekam daraufhin einen Maulkorb verpasst und durfte sich zu diesen Fragen nicht mehr äußern – setzte sich in einem Aufsatz kritisch mit nationalistischen Äußerungen des damaligen CDU-Generalsekretärs Laurenz Meyer (»Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein«) und des ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz (»Deutsche Leitkultur«) auseinander.

Uwe Picard (Staatsanwalt/Bremen): Veranlasste, dass zu den Wahlen in Bremen 2004 NPD-Plakate mit der Aufschrift »Gute Heimreise« abgehängt werden mussten – leitete gegen die NPD ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung ein.

Michael Knape (Leitender Polizeidirektor/Berlin):

R. Geisheimer/attenzion

rechter Bands vor – setzte durch, dass rechte Symbolik (z. B. Springerstiefel und Bomberjacken) auf NPD-Demos verschwand.

braunen Hess-Aufmarsch in sein Stadt – stellte sich 2004 mit eine Straßenblockade den Neonazis in de Weg (Transparent »Wo Unrecht zu

Inhalt
Seite 2: *Zum Grundgesetz*
Seite 3: *Zur antifa-Klausel*
Seite 4: *Zu Repressionen*
Seite 5: *Eine Geschichte in Bildern erzählt*
Seite 6: *Zur Arbeit von Poli-*

15. Antirassismus/Antifaschismus Ratschlag
Rassismus wird staatlich gefördert

Thüringen. Die Landesarbeitsgemeinschaft Antirassismus/Antifaschismus ruft alle BürgerInnen, die nicht zulassen wollen, dass die Rechtsentwicklung wächst, Minderheiten diskriminiert und sogar von Neonazis ermordet werden und die Demokratie demontiert wird, auf, sich **am 5. November, 10 Uhr, in Arnstadt, in der Stadthalle**, am 15. antirassistischen/antifaschistischen Ratschlag und um **18 Uhr an der Demonstration und am Mahngang „Erinnerung an die Opfer des Antisemitismus und Rassismus“** zu beteiligen. Der Ratschlag wird von der Arbeitsgruppe Demokratie braucht Zivilcourage der Stadt Arnstadt, Biko in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen, BürgerInneninitiative für Gleichbehandlung - gegen Billiglohn, DGB Landesbezirk Thüringen, DGB Region Mitte-/Nord Thüringen, Gewerkschaft ver.di Thüringen, Gothaer Friedenskreis, Flüchtlingsrat Thüringen, Young Socialists Gotha, TVVdN/BdA Thüringer Verband der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten, Linke.PDS Schmalkalden/Meiningen, PDS Stadtratsfraktion Arnstadt und anderen Initiativen unterstützt. Der antifaschistische/antirassistische Ratschlag wird sich mit Ursachen und Hintergründen aktueller und historischer Entwicklungen, mit Formen von Aufklärung und zivilgesellschaftlichem Engagement beschäftigen. Die Möglichkeiten einer verbesserten Vernetzung und Zusammenarbeit antifaschistisch und antirassistisch aktiver Menschen und Gruppen werden auf diesem Treffen ebenso eine Rolle spielen. Ziel des Ratschlages ist es, den Aktiven eine Plattform zum theoretischen Diskurs, zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch ebenso zu bieten, wie die Möglichkeit, neue Kontakte zu knüpfen und Ideen auszutauschen. Darüber hinaus dient der Ratschlag zur Vernetzung von antirassistisch und antifaschistisch orientierten Gruppen und Vereinen sowie engagierten Einzelpersonen in ganz Thüringen. *Mehr Informationen über: http://lag-antifa.de* ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

:ostritt

Anfang Oktober lud die Landsmannschaft der Donauschwaben nach Krusevlje (Serbien) ein. Dort waren zwischen März 1945 und Dezember 1947 deutschsprachige Bürgerinnen und Bürger Jugoslawiens inhaftiert worden – solche jedenfalls, die von der NS-Besatzung profitiert und sich nicht mit der unterdrückten Bevölkerung des zerschlagenen Jugoslawien solidarisiert hatten. Ein Gedenkkreuz für sie wurde auf dem Friedhof des serbischen Ortes eingeweiht – in Anwesenheit von Regierungsvertretern. Ebenfalls angekündigt waren offizielle Vertreter der Konsulate Deutschlands und Österreichs.

Offensiver als ihre deutschen Kameraden sind die österreichischen Donauschwaben, und auch die Wiener Politik prescht in „Vertriebenen“-Fragen häufig vor, wo Berlin sich noch zurückhält. Drei österreichische Parlamentarier – ein Konservativer, ein Sozialdemokrat, ein Grüner – reisten Mitte Oktober nach Ungarn, Kroatien und Serbien – „zu den ehemaligen Wohngebieten der Donauschwaben“, wie der Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs (VLÖ) mitteilt. Sie legten u.a. an Gedenkstätten in Valpovo (Kroatien) und Gakovo (Serbien) Kränze nieder. Beide Gedenkstätten erinnern – ebenso wie das Gedenkkreuz in Krusevlje – an deutschsprachige Bürgerinnen und Bürger Jugoslawiens, die nach dem Zweiten Weltkrieg als NS-Kollaborateure oder NS-Profiteure inhaftiert worden waren.

Die Reise der Wiener Parlamentsdelegation ist „Teil einer Initiative des österreichischen Parlaments, die im Gedenkjahr 2005 Vertreter des österreichischen Parlaments in alle ehemaligen Kronländer der Donaumonarchie bringen soll“, heißt es in einer VLÖ-Pressemitteilung. Damit hält Wien das Thema „Deutschtum in Ost- und Südosteuropa“ auf der europäischen Tagesordnung. Letztlich nützt dies auch den Ansprüchen der Umgesiedelten, die – sofern sie aus dem heutigen Kroatien kommen und den österreichischen Pass besitzen – im nächsten Jahr ihre Entschädigungsforderungen mit prinzipieller Aussicht auf Erfolg geltend machen können. Dies sieht ein kurz vor der Unterzeichnung stehendes österreichisch-kroatisches Entschädigungsabkommen vor. Von dem Abkommen werden möglicherweise auch Umgesiedelte mit deutschem Pass profitieren. „Der Bundesregierung ist bekannt, dass Kroatien mit Österreich und Italien über die Materie verhandelt“, erklärt der Staatssekretär im Auswärtigen Amt Georg Boomgarden: „Die Bundesregierung hat die kroatische Regierung auf die Entschädigungsinteressen deutscher Staatsangehöriger hingewiesen und beobachtet die Entwicklung aufmerksam.“ *jk* ■

Mitgliederzuwächse

Website der NPD

Die NPD meldet ihr 1026. Mitglied in Sachsen in 25 Kreisverbänden, man habe damit mehr Mitglieder als Bündnis 90/Die Grünen. In Baden-Württemberg wurde Jürgen Schützinger zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Der 52-jährige Kreis- und Stadtrat aus Villingen-Schwenningen löst Günter Deckert ab, der Mitte Oktober vom Bundesvorstand seines Amtes enthoben wurde. Der Bundesvorsitzende der NPD, Udo Voigt nahm an der Landesdelegiertenkonferenz teil und versprach die Unterstützung der Bundespartei für die anstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg.

Große Koalition – Segen oder Fluch?

Nationalzeitung 43/44-05

Wohl doch eher Fluch, so das Fazit, das Verleger Frey im Blatt zieht: „Die Parteien der Großen Koliton wollen so wenig wie alle etablierten Parteien ein souveränes und neutrales Deutschland, das seine Wirtschaftskraft seinen eigenen Bürgern zukommen lässt. Die gigantischen Ersparnisse, die erzielt würden, wenn wir nicht mehr die EU, die UNO und weiter durch Reparationen unsere einstigen Kriegsgegner bzw. Israel finanzieren, könnten zu massiven Senkungen von Steuern und Abgaben in Deutschland und zu einer massiven Förderung der deutschen Geburtenpolitik genutzt werden.“ Ohne konkret zu werden, ist hier mal wieder alles verpackt, was die NaZe an Programm zu bieten hat, Antisemitismus, Relativierung des verbrecherischen Krieges und die Überhöhung der eigenen „Rasse“. Das Blatt beginnt gleich eine ganze Serie über die neue Kanzlerin Angela Merkel, die vor allem für ihre Treuebekenntnisse zur us-amerikanischen Regierung kritisiert wird. Ansonsten werden ihre guten Beziehungen zu Friede Springer und Elisabeth Mohn „enthüllt“, die mit ihren Medienkonzernen im Hintergrund (Springer und Bertelsmann) maßgeblich zum Karrieresprung Merkels beigetragen hätten. Es ist immer wieder erstaunlich, mit wie wenig Fakten die NaZe Spalte für Spalte füllt. Im Blick hat Frey auch bereits die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im März nächsten Jahres. Schon jetzt wird die Anhängerschaft aufgerufen, möglichst viel zu spenden, damit die DVU wieder in den Landtag einzieht.

Horst Mahler huldigt dem „Führer“

„Die Köpfe für den Aufstand bereit machen!“ unter diesem Motto lud die „Reichsbewegung“ zu einer Seminarveranstaltung mit Ursula Haverbeck, Bernhard Schaub und Horst Mahler am 29.-30. Oktober 2005 nach Mosbach/Thüringen ein. Der Einladungstext Mahlers zu dieser Konferenz müsste für ein neues Strafverfahren gegen ihn reichen: „Wer wir ‚das Volk der Deutschen‘ sind und welche Rolle wir in der Heilsgeschichte spielen, ist am klarsten von Hegel gesehen worden. Es gilt, diesen Schatz zu heben und den Nationalsozialismus unter der Führung von Adolf Hitler in diese Perspektive einzuzeichnen. Hitler ist als weltgeschichtliches Individuum verständlich zu machen, damit endlich auch die deutschwilligen Deutschen von ihrem Distanzierungsreflex erlöst werden. Denn die Distanzierung von Hitler ist die Distanzierung von uns selbst. Adolf Hitler war als welthistorische Person Dasein des Deutschen Volksgeistes. Das Deutsche Volk kann sich nur erretten, indem es diese Wahrheit erkennt. Adolf Hitler ist vergangen. Der Deutsche Volksgeist ist geblieben, denn er ist als eine Gestalt des vollkommenen Gottes ewig. In diesem ist das Wirken Adolf Hitlers aufgehoben in dem dreifachen Sinn von „beendet, bewahrt und erhöht“. Mahler scheint mehr und mehr nicht nur ein Fall für den Staatsanwalt sondern auch einer für die Psychiatrie zu sein. *u.b.* ■

„Criticons“ Ende

Bonn. Die 1970 von Caspar von Schrenck-Notzing gegründete Zeitschrift „Criticon“, einst Diskussionsplattform für den rechten Rand des Konservatismus und Vertreter der „Neuen Rechten“, gibt es nicht mehr. Nachdem der Bonner GES-Verlag um Gunnar Sohn die Zeitschrift vor sechs Jahren übernommen hatte, wird die Zeitschrift künftig unter dem Namen „NeueNachricht“ erscheinen. Damit soll diese an das gleichnamige Onlinemedium angebunden werden, das in der Rangliste der Suchmaschine Google „hervorragend platziert“ sei.

In den vergangenen Jahren habe die Redaktion die „publizistische Linie des Blattes ordoliberal geschärft“, so Herausgeber Sohn in einem Brief an die Abonnenten. Das „beliebte und bequeme Rechts-Links-Paradigma“ habe sich „als Sackgasse“ erwiesen. Mit „den metaphysischen Sandkastenspielchen der Ewiggestrigen kommt man nicht sehr weit, schon gar nicht im Journalismus“, schreibt Sohn. In der „Jungen Freiheit“ war die Kursabweichung der Zeitschrift schon in der Vergangenheit kritisiert worden. Es wird zu prüfen sein, wie sich das neue Blatt entwickelt. In der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift findet sich Werbung für die Fleissner-Verlage „Langen Müller/Herbig“ ebenso wie für die vom rechten Rand der Schweizer SVP getragene Zeitung „Schweizerzeit“. *hma* ■

„2000 Euro für die Antifa-Nachrichten bis Jahresende“

In den letzten 14 Tage sind weitere Spenden eingetroffen, bis zum 31.10.05 waren es

525,- Euro.

Vielen Dank allen Spenderinnen und Spendern!

Spendenkonto: GNN-Verlag Kto.Nr. 10419507 Postbank Köln BLZ 370 100 50